

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Klinik-Aufstand: St. Galler Pflegende wehren sich gegen Kahlschlag. Seite 9

Plattenleger Albert Japara (52):

«Jetzt reicht's mir!»

Fünf Jahre lang hat er seinem Pleitegeier-Chef immer wieder geglaubt. Dann reichte er eine Klage ein. Seite 3

FOTOS: FLORIAN BACHMANN / ZVG / STEPHAN BÖSCH

Unterstützung für Lohnschutz

Marktradikale in der Schweiz und in der EU wollen Schweizer Lohnschutz killen. Das EU-Parlament hält dagegen. Seite 13

Mahnmal der Schande in Biel

Die letzten original erhaltenen Saisonier-Baracken. Die Foto-Reportage. Seiten 10–11

Wie die Löhne politisch wurden

Seit einem Vierteljahrhundert führen die Gewerkschaften eine Mindestlohn-Kampagne. Eine frisch erschienene Studie blickt zurück, analysiert und schaut nach vorne. Seiten 4–6

EIN LOHN ZUM LEBEN.



WAS EINMAL GEPOSTET...

Es sind verstörende Bilder, die uns fast in Echtzeit nach dem grausamen Angriff der Hamas aus Israel und dem Gazastreifen erreichen. Sie zeugen von herzerreissendem Leid (siehe diese Seite). Gleichzeitig sind wilde Diskussionen darüber entbrannt, welche Bilder echt sind, welche fake und ob künstliche Intelligenz (KI) sich selbst als solche entlarven kann. Ob echt oder nicht: die Macht der Bilder ist enorm. Bilder berühren unsere Netzhaut, gelangen ins Gehirn, gehen in

Wie beliebig sich Bilder dehnen lassen, zeigt das aktuelle SVP-Parteiprogramm.

seinen Windungen eigene Wege und wirken so mehr oder weniger bewusst auf unsere Sicht der Welt ein. Um Bilder jenseits des emotionalen Anklangs zu verstehen, braucht es viel mehr als 1000 Worte. Wer publiziert welche Bilder zu welchem Zweck an welchem Ort? Die über 180jährige Geschichte der Fotografie hat immer wieder gezeigt, dass sich Menschen dieser Macht bedienen und Bilder auch mal zu ihren Zwecken zurechtbiegen, nicht erst im KI-Zeitalter.

UNTERBELICHTET. Auf dieser Bild-Klavatur spielen die SVP und ihre PR-Leute besonders gut. Plump-plakative Bilder, aus dem Zusammenhang gerissen, mit weit weniger als 1000 Worten zur Erklärung. So geschehen in der letzten SVP-Zwangszusendung vor den eidgenössischen Wahlen. Bewusste Verfälschung und Diffamierung von politischen Gegnerinnen mit Hilfe von künstlicher Intelligenz, abgetan als Witz. So gemacht von SVP-Glarner vs. Grünen-Arslan. Glarner musste das Fake-Video zwar per Gerichtsbeschluss löschen. Doch das Unheil ist angerichtet: was einmal gepostet wurde, kann nicht mehr vollständig zurückgenommen werden.

SCHNELLSCHUSS. Wie beliebig sich Bilder dehnen lassen, zeigt das aktuelle SVP-Parteiprogramm. Auf der Titelseite sehen wir eine Familie – Vater, Mutter, zwei Kids –, die armschwingend ins Abendrot hüpfen, in der Ferne sanfte Hügelzüge. Dasselbe Foto verwendet ein Anbieter für Hypnosekurse für Paare und Familien. Oder die Zeitung «The Indian Express» für einen Artikel über den ungenügenden Vaterschaftsurlaub. Oder eine Website für RNA-basierte Nahrungsergänzungsmittel. Alle mit der gleichen «Happy Family», wie sie beim Foto-Anbieter genannt wird. Ob es sich dabei um eine Schweizer Familie im Schweizer Hügel-land handelt, ist nicht ersichtlich.

GESTOCHEN SCHARF. Ganz eindeutig verorten lassen sich hingegen die Bilder vom Bühler-Areal in Biel. Es sind (echte) Fotos der wohl einzigen original erhaltenen Saisonnierbaracken der Schweiz. Ein Denkmal der Schande (Seiten 10 und 11). Bis zu hundert Baubüezer lebten dort auf engstem Raum zusammen, schliefen in dürftig geheizten Bretterverschlägen, teilten sich minimale sanitäre Einrichtungen. In den strengen Hausregeln stand, der Arbeitgeber stelle eine «bequeme und hygienische Unterkunft zur Verfügung». Dies alles ist dank Alvaro Bizzarris Film «Die Kehrseite der Medaille» bekannt. Er besuchte 1974 seine Landsleute in ihren Unterkünften in Biel. Und geht hart mit der Schweiz ins Gericht. Auf dem Buckel der Saisonniers baue sich die Schweiz ihren Reichtum: «Der Saisonarbeiter belastet in keiner Weise die Infrastruktur des Landes, nimmt niemandem Platz weg. Die Frau gebiert alleine in ihrem Dorf, der Sohn kann seinen Vater nur an Weihnachten sehen. Der Saisonnier organisiert sich nicht, er protestiert nicht, und wenn er es tut, genügt es, ihm die Arbeitsbewilligung nicht zu verlängern.» Das sind starke Bilder mit Kontext, in mehr als 1000 Worten.

Jüngste Gewalteskalation in Israel und Palästina

«Alles tun, um weitere zivile Opfer zu vermeiden»

Die erneute Eskalation des Konflikts im Nahen Osten löst grosse Betroffenheit aus. work dokumentiert die breit abgestützte Stellungnahme des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina, die viele zentrale Aspekte zusammenfasst.

« Das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina ist ein Zusammenschluss von 14 Organisationen in der Schweiz, die zur Hälfte vor Ort aktiv sind und sich alle für einen menschenrechtsbasierten Ansatz im israelisch-palästinensischen Konflikt einsetzen. Mit grosser Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass im Zuge der jüngsten Gewalteskalation im Nahen Osten einmal mehr und sehr gravierend völker- und menschenrechtswidrige Gewalt eingesetzt wird, sowohl von der Hamas und ihren Verbündeten als auch von den israelischen Sicherheitskräften. Verbrechen, wie durch die Hamas verübte Massaker, sind durch nichts zu rechtfertigen, sondern scharf zu verurteilen. Wir distanzieren uns auch klar von jeder Form von Entmenschlichung in der Berichterstattung. Vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung sowie unverhältnismässige Angriffe, bei denen Zivilpersonen getötet oder verletzt werden, sind Kriegsverbrechen. Alle Konfliktparteien sind aufgefordert, sich an das Völkerrecht zu halten und alles zu tun, um weitere zivile Opfer zu vermeiden. Die von der Hamas als Geiseln genommenen Zivilpersonen müssen unverzüglich, bedingungslos und unverletzt freigelassen werden.

Die Geschehnisse der letzten Tage dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Die Menschen in Gaza stehen seit 16 Jahren unter einer Blockade, die ihnen ein normales Leben in Würde gezielt verunmöglicht. Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal und perspektivlos.

Die Besatzung, der Ausbau der Siedlungen und die Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung, die von vielen Menschenrechtsexperten als Apartheid beschrieben wird, sind für die langjährige Krise ebenso mitverantwortlich wie die Duldung all dieser Völkerrechtsverletzungen durch die internationale Gemeinschaft und die weitgehende Straflosigkeit für die Täterinnen und Täter.

FORDERUNGEN DES FORUMS

- Wir fordern alle Konfliktparteien auf, die Gewalt zu beenden und den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts Folge zu leisten. Die Schweiz soll sich nachdrücklich gegenüber den Konfliktparteien in diesem Sinne einsetzen.
- Wir begrüssen es, dass die Schweiz humanitäre Hilfgelder nicht in Frage stellt, und fordern angesichts der verschärften Notlage eine Erhöhung der Zahlungen. Die Schweiz soll zudem israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und humanitäre Organisationen stärken und vor den Repressionsmassnahmen Israels und palästinensischer Akteure schützen. Die Gewährleistung der Menschenrechte hat angesichts der neuesten Gewalteskalation höchste Priorität.



EIN BILD, EIN TRAUM: Dieses Foto kursiert derzeit in den sozialen Medien und steht symbolisch für den Wunsch nach Frieden zwischen Israel und Palästina. FOTO: RICKI ROSEN

- Zudem muss die Schweiz sich dafür einsetzen, dass der Internationale Strafgerichtshof (ICC) die Untersuchungen zu Kriegsverbrechen in Israel/Palästina seit 2015 reaktiviert und zur Anklage bringt. Selbstverständlich soll der ICC hierbei auch jene Kriegsverbrechen untersuchen, die in den vergangenen Tagen verübt wurden. Dazu gehört auch die Unterbindung der Einfuhr von Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff in den Gazastreifen für dessen 2,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Das Aushungern der Zivilbevölkerung ist gemäss Römer Statut ein Kriegsverbrechen.
- Um eine echte Konfliktlösung dem blossen Konfliktmanagement vorzuziehen, muss sich die Schweiz entschieden für die Beendigung der israelischen Besatzung einsetzen. Denn dies ist der einzig zielführende Weg hin zu einem gerechten und dauerhaften Frieden für die palästinensisch-arabische und die israelisch-jüdische Bevölkerung in Israel/Palästina.»

www.forum-menschenrechte.ch

Europäische Gewerkschaften an Lohndemonstration in Paris

«Die Demo hat Mut gemacht»

Die Lebenskosten steigen – in der Schweiz und in ganz Europa. 20000 Menschen haben in Paris dagegen demonstriert. Die Unia war mit dabei.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Während die Reichen immer reicher werden, leidet die Bevölkerung bis in die Mittelschicht unter der rasant steigenden Teuerung. Dagegen kämpfen Gewerkschaften in Europa vereint. Bereits in mehreren Ländern fanden Lohndemos statt. So auch am 13. Oktober in der Hauptstadt Frankreichs. 20000 Menschen gingen in Paris auf die Strassen und demonstrierten für bessere Löhne und Renten.

SOLIDARITÄT. Auch eine Unia-Delegation reiste mit dem Zug nach Paris. Mit dabei war der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) Pierre-Yves Maillard. Er betonte



MITTENDRIN: Die Unia-Delegation mit SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard an der Pariser Lohndemo. FOTO: UNIA

die grosse Bedeutung der internationalen Gewerkschaftssolidarität. Maillard: «Nur damit können wir gute Gesamtarbeitsverträge und wirksame Arbeitsplatzkontrollen gegen Deregulierungsangriffe verteidigen. Und nur diese sichern

Löhne und Arbeitsbedingungen und verhindern Dumping.»

Auch die Unia-Migrationsfachfrau Marília Mendes war dabei: «Die Stimmung an der Demo war sehr gut. Es hat uns allen gutgetan, die Stärke der internationalen Solidarität zu

spüren. Für die Unia-Delegation war es ein wichtiges Erlebnis: Die Probleme sind überall gleich, und zusammen können

«Zusammen können wir besser gegen die Probleme kämpfen.»

MARÍLIA MENDES, UNIA

wir besser gegen sie kämpfen.» Die Demo habe auch Mut gemacht, so Mendes.

IMMER GRÖßER. Für Jakob Kolb, Informatiker und Mitglied der Unia-Jugend, war die Demo in Paris ein Highlight: «Als der Demozug loslief, hatte ich das Gefühl, er werde immer grösser, immer mehr Menschen schlossen sich an. Vor dem Hôtel des Invalides wurde die Demo dann mit der Internationalen beendet.» Für Unia-Mitglied Kolb ein beeindruckendes Erlebnis: «Einen so schönen Moment habe ich schon lange nicht mehr erlebt.»

Plattenleger Albert Japara (52) machte drei Firmen-Konkurse mit

«Mein Chef schuldet mir 20 000 Franken»



MUTIG: Albert Japara hat bei seinem alten Arbeitgeber viel mitgemacht, jetzt kämpft er für das Geld, das ihm zusteht. FOTO: FLORIAN BACHMANN

Fast fünf Jahre lang hat Albert Japara für seinen Pleitegeier-Chef gearbeitet. Nach dem dritten Firmenkonkurs hat der Plattenleger jetzt endgültig die Nase voll.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Albert Japara arbeitete bereits in seinem Heimatland Moldawien als Plattenleger. Moldawien ist eines der ärmsten Länder Europas. Als das Jobangebot aus der Schweiz kam, hoffte Japara, seiner Familie ein besseres Leben zu ermöglichen. Dafür zog er in die Schweiz, seine Frau und die Kinder mussten er zurücklassen. Doch die Stelle in einer Plattenlegerbude bescherte ihm mehr Pech als Glück. Denn: «Mein Chef schuldet mir 20 000 Franken.»

Das Businessmodell ist so einfach wie dreckig: Der Abzocker-Chef gründet eine Firma, stellt fleissige Arbeiter ein, oft aus dem Ausland, und fährt die Firma an die Wand, alles ganz legal (work berichtete: rebrand.ly/firmentod-ist-ihr-geschaftsmo-dell). In der Zwischenzeit bezahlt er unvollständige Löhne. Die Beträge für die AHV und die Pensionskasse bezahlt er nur lückenhaft bei den Versicherern ein. In den fünf Jahren, in denen Japara für diesen Chef gechrampft hat, ging der Pleitegeier mit ganzen drei Firmen in den Konkurs. Insgesamt sind es mindestens vier Unternehmen innert weniger Jahre. «Mittlerweile gründete er auch eine Firma auf den Namen seiner Frau, weil seine eigene Weste nicht mehr sauber ist», sagt Plattenleger Japara.

Für die ausstehenden Löhne musste der Chef vor seinen Arbeitern nie geradestehen, denn die meisten kannten ihre Rechte nicht und wehrten sich dementsprechend auch nie. Anders aber Albert Japara. Als ein Unia-Gewerkschaftssekretär

auf einer Baustelle vorbeikam, witterte er seine Chance. «Es hiess: Wenn du Mitglied der Gewerkschaft bist, helfen wir dir mit rechtlichen Angelegenheiten. Für mich war klar, dass ich um das geschuldete Geld kämpfen muss. Schliesslich arbeite ich, um meine Familie zu ernähren.»

MUT FÜR EINE GANZE MANNSCHAFT

Die nächste Pleite bahnte sich an. Und für Japara war klar: Dieses Mal macht er das falsche Spiel nicht mehr mit. Sein Motto: «Meine Teamkollegen haben den Mut nicht. Aber ich habe den Mut für das ganze Team.» Dass die Löhne fehlen, ist auch unter den Arbeitern ständig ein Thema. Japara schätzt, dass der Chef ihnen gesamthaft bis zu 100 000 Lohnfranken schuldet. «Viele gehen nach wenigen Wochen retour in ihre Heimat, wenn sie unvollständige Löhne erhalten und unter miserablen Arbeitsbedingungen arbeiten müssen.»

Im Dezember des vergangenen Jahres war es dann wieder so weit: Der Plattenleger erhielt während dreier Monate unvollständige Löhne, damals hiess die Firma seines Chefs Ademi Keramik GmbH. «Ich hatte die Nase voll von der Abzockerei. Für meinen Chef rühre ich keinen Finger mehr.» Also kündigte er. Damit die fehlenden Lohnzahlungen doch noch auf seinem Konto landen, wandte er sich an den Unia-Rechtsdienst. Vadim Drozdov, der zuständige Rechtsberater, unterstützt Japara.

Drozdov hat den Chef der Ademi Keramik GmbH schriftlich aufgefordert, die fehlenden Löhne zu bezahlen. Dieser hat das Schreiben jedoch ignoriert, also wurde er gemahnt und dann betrieben. Doch der Plattenleger-Chef rührte sich nicht. Damit Japara nun seine ausstehenden Löhne erhält, braucht es vom Arbeitsgericht ein Urteil, wo schwarz auf weiss steht, dass sein Chef ihm Geld schuldet. Doch laut Rechtsberater Drozdov zieht sich das Vorgehen in die Länge: «Der Chef nimmt Japara nicht ernst. An der Schlichtungsverhandlung ist er einfach nicht aufgetaucht.» Ausserdem: Fünf Tage vor der Schlichtungsverhandlung ging die Firma konkurs. Laut Rechtsberater Drozdov war das ein taktisches Vorgehen: «Japara war der erste Mitarbeiter, der sich gewehrt hat. Statt ihm die Löhne zu zahlen, ging

Firmenkonkurs: So kommen Sie zu Ihrem Lohn

Was können Sie tun, wenn Ihre Firma pleitegeht? Betroffene können bei der Arbeitslosenversicherung eine Insolvenzenschädigung beantragen, wenn die Löhne ausbleiben. Diese Entschädigung deckt bis zu vier Monatslöhne. Wichtig ist dabei, die Fristen einzuhalten. Mehr Infos dazu im work-Ratgeber: rebrand.ly/ratgeber-insolvenz.

er einfach in den Konkurs. Der Chef wusste, dass die Behörden einspringen werden.» So konnte Japara eine Insolvenzenschädigung beantragen und erhielt 19 500 Franken.

CHEF BETTELT

«Mit der Gewerkschaft für mein Geld zu kämpfen, habe ich vor allem für meine Familie getan», sagt Japara zu work. Nach der miesen Anstellung hat er einen Deutschkurs besucht und eine neue Arbeitsstelle gesucht. Den Kurs hat er gemacht, um sich mit Behörden, Arbeitgebern und weiteren Anlaufstellen besser verständigen zu können.

Mittlerweile leben auch seine Frau und seine beiden Kinder in der Schweiz. Die Kinder wurden eingeschult, lernen Deutsch und werden bald eine Lehrstelle suchen. Japaras Ehefrau arbeitet bei Ceva in Neuendorf SO, wo

«Ich hatte die Nase voll von der Abzockerei.»

Zalando-Retouren weiterverarbeitet werden. Auch sie wehrte sich für bessere Arbeitsbedingungen (work berichtete: rebrand.ly/protestpause-ceva). Japara hat mittlerweile einen neuen Arbeitgeber gefunden. Sein alter Chef möchte ihn aber unbedingt zurückhaben: «Der ruft mich fast täglich an und bettelt, dass ich wieder für ihn arbeiten solle. Das kann er vergessen, denn ich habe jetzt einen besseren Job mit vollständigen Monatslöhnen – dreizehn Mal im Jahr.»

Jetzt ist höchste Zeit!

Wecker stellen zum Wahl-Wochenende



Verpassen Sie die Chance nicht, ein soziales und gerechtes Parlament zu wählen.

Nestlé entlässt bei Leisi

WANGEN SO. Hiobsbotschaft für den Produktionsstandort Wangen im Kanton Solothurn. Noch vor 10 Jahren arbeiteten 360 Personen in der Teigfabrik Leisi. Jetzt will der Lebensmittelkonzern Nestlé, der die Fabrik 1997 gekauft hat, weitere 90 der 200 Mitarbeitenden entlassen. Auch wenn kein GAV für den Betrieb in Kraft ist, könnte die Belegschaft sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen und eine Mitsprache beim Sozialplan einfordern. Nestlé machte im ersten Halbjahr 2023 einen Rein Gewinn von 5,65 Milliarden Franken.

Landarbeiterinnen wehren sich

ISTANBUL. Seit 50 Tagen demonstrieren 40 entlassene Frauen vor den Gewächshäusern des türkischen Agrarkonzerns Agrobay und fordern ihre Wiedereinstellung. Ende August hat



AUSDAUERND: Protestierende Arbeiterinnen von Agrobay. FOTO: ZVG

Agrobay die Mitarbeiterinnen fristlos und ohne Abfindung entlassen. Mutmasslicher Grund für die Kündigung ist, dass die betroffenen Frauen sich einer Gewerkschaft angeschlossen haben. Agrobay ist einer der grössten Exporteure von Tomaten, Peperoni und anderem Gemüse nach Europa. Ein wichtiger Abnehmer der Agrobay-Tomaten ist Lidl. Der deutsche Discounter hat wegen der gewerkschaftsfeindlichen Methoden eine Untersuchung angekündigt.

Schwarzarbeit im Thurgau

SCHLATTINGEN TG. Die Kantonspolizei Thurgau hat auf einer Baustelle in Schlattingen zwei Arbeiter festgenommen. Die Kontrolle der Baustelle durch das kantonale Arbeitsinspektorat und die Polizei erfolgte aufgrund einer Meldung der Unia. Die zwei Bauarbeiter aus Albanien hatten keine gültige Arbeitsbewilligung und wurden in Euro bezahlt. Die beiden Männer sowie die verantwortliche Baufirma aus Deutschland wurden verzeigt.



25 Jahre
Mindestlohn-Kampagne

Kampf seit 25 Jahren: Neue Studie zur Mindestlohnkampagne der Schweizer Gewerkschaften

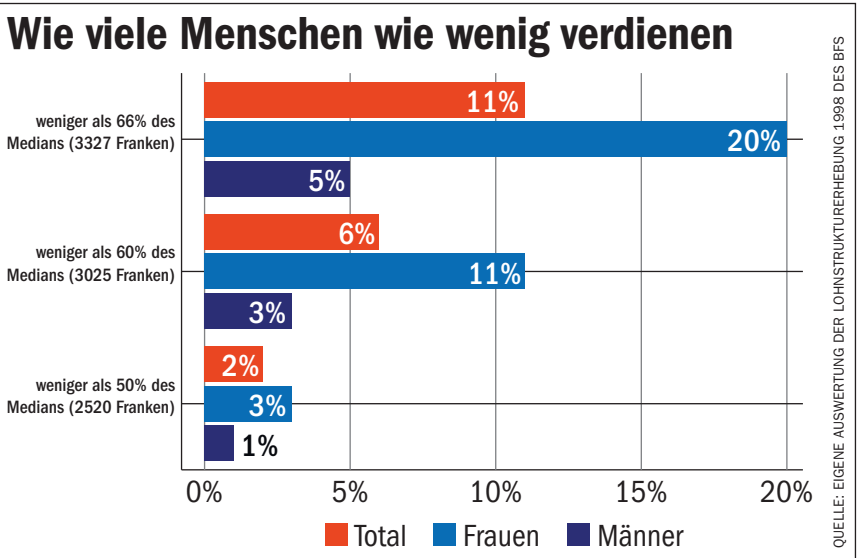
Wie unsere Löhne politisch wurden. Und es bleiben.

Wer 100 Prozent arbeitet, soll vom Lohn leben können. Seit 25 Jahren führen die Gewerkschaften eine Mindestlohnkampagne. Eine neue Studie zieht Zwischenbilanz und zeigt die Handlungsfelder der Zukunft.

CLEMENS STUDER
Anto Blazanovic war im Juli 1996 in der Schweiz eine Berühmtheit. Er hatte allerdings nicht ein entscheidendes Tor geschossen, einen Sommerhit gesungen oder eine neue Krebstherapie entwickelt. Anto Blazanovic war Kellner im damaligen Berner Restaurant Sternberg, ganz in der Nähe des Bundeshauses und auch bei Bundesräten beliebt. Blazanovic war ein guter Kellner. Er verdiente rund 4500 Franken im Monat, 13 Mal im Jahr. Die Arbeitsbedingungen waren in einem Gesamtarbeitsvertrag mit dem Hotelierverein und Gastrosuisse geregelt. Während der Rezessionsjahre Anfang der 1990er Jahre witterten die Wirtse ihre Chance und wollten die Gewerkschaften aus ihren Betrieben haben. Ihr «Argument»: Die Chefs

schauen schon selber gut zu den Mitarbeitenden, die Gewerkschaften mit ihren Gesamtarbeitsverträgen machten alles «nur kompliziert und unflexibel». Ab Ende Juni 1996 herrschte ein vertragsloser Zustand. Und die Folgen für die Lohnabhängigen waren verheerend.
Wenig überraschend – und entgegen den schönen Worten der Verbandsfunktionäre – verschlechterten Hunderte von Wirtsen die Arbeitsbedingungen ab dem ersten Tag des vertragslosen Zustandes und drängten ihre Mitarbeitenden mit Änderungskündigungen zu massiv schlechteren Verträgen.
Darüber berichtete der «Sonntagsblick» mit Blazanovic als Beispiel. In seinem Fall sah der neue Vertrag so aus: 13. Monatslohn weg, 50- statt 42-Stunden-Woche, eine wöchentliche Woche Ferien weniger und sechs Feiertage nicht mehr bezahlt. Und: statt 4500 Franken Lohn gerade noch eine Garantie von 3200 Franken. Der Titel dazu im «Sonntagsblick»: «Das grenzt an Sklaverei».

LÖHNE AM STAMMTISCH
Blazanovic und die Löhne des Servier-, Küchen- und Hotelpersonals wurden im wahrsten Sinne des Wortes zum Stammtischthema. Die «kleine unia» (siehe Seite 6) führte eine aggressive Kampagne. In Bern



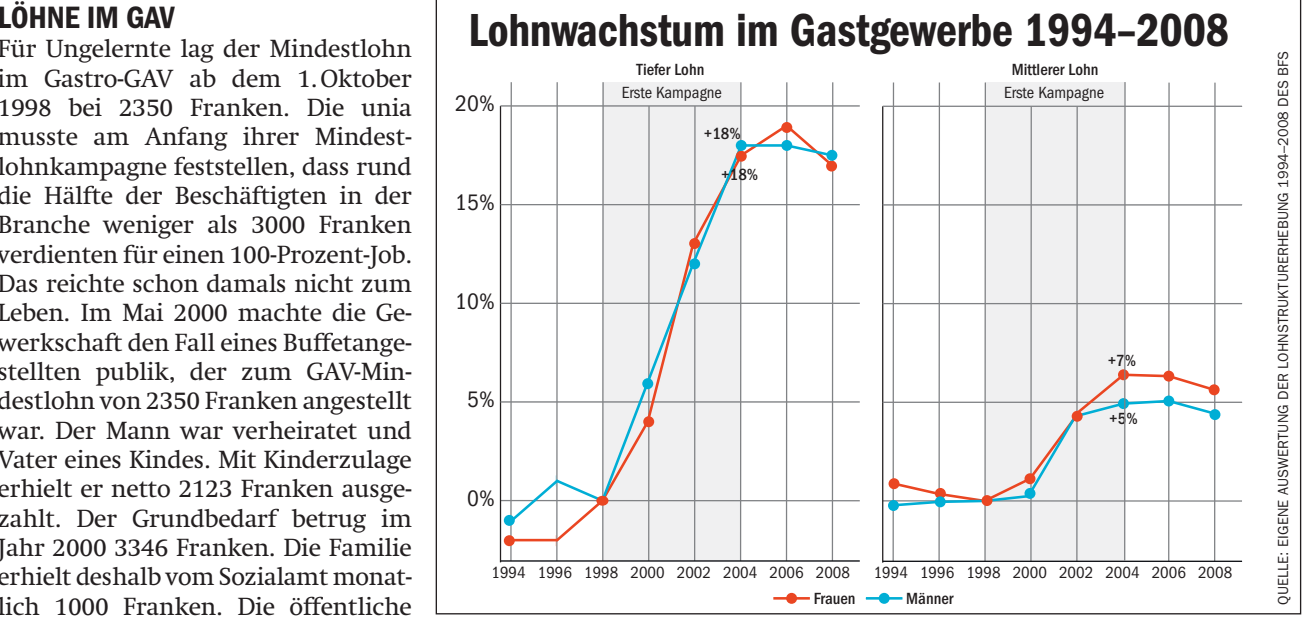
verteilte sie eine schwarze Liste mit Betrieben, die das GAV-Aus für Änderungskündigungen nutzten – und eine weisse mit jenen Betrieben, die sich weiterhin an die GAV-Standards hielten. Die Flugblätter wurden in fünf Sprachen gedruckt. Darunter in Englisch und Japanisch, um auch die Touristinnen und Touristen zu ermuntern: «Meiden Sie Betriebe, welche die Arbeitsbedingungen verschlechtern haben.»
Der öffentliche Druck zeigte Wirkung. 1997 kamen die Chefs nicht mehr um Verhandlungen herum. 1998 kam es zu einer Einigung. Der Landes-GAV trat wieder in Kraft. Das war ein Fortschritt für die Gastro-Lohnabhängigen, doch blieben die Mindestlöhne beschämend tief. Darum führte die unia ihre Lohnkampagne gleich weiter. Motto: «Löhne unter 3000 Franken. Dem Gast vergeht der Appetit.»

«25 Jahre Mindestlohn-Kampagne der Schweizer Gewerkschaften» (siehe Box) schreibt zu diesem Durchbruch: «Dieser Fortschritt, welcher Zehntausenden Ungelernten im Gastgewerbe ein substantielles Plus brachte, dürfte einer der grössten Lohnfortschritte in der GAV-Geschichte gewesen sein. Damit befreite sich das Gastgewerbe für einige Jahre vom Image einer Branche mit Hungerlöhnen.»
Die unia hatte mit ihrem konsequenten und kreativen Kampf für Mindestlöhne mehrere Tausend Mitglieder gewonnen. Trotzdem wollte Gastrosuisse sie genauso wenig wie den VHTL und die Syna in den GAV aufnehmen. Der Bundesrat rief die Wirtse im Dezember 2001 zur Ordnung. Und seit 2003 sind die unia und die Syna zusammen mit der Hotel & Gastro Union Vertragspartner im Gastro-GAV.

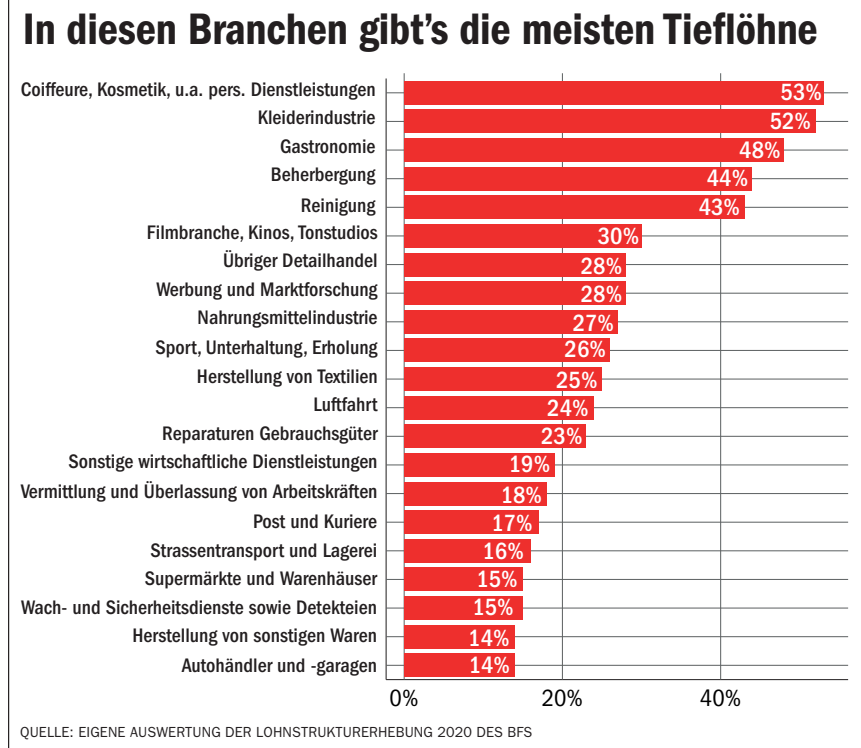
MINDESTLOHN-KONJUNKTUR
Das Beispiel des Gastgewerbes steht exemplarisch für die Mindestlohnkampagne der Schweizer Gewerkschaften ab den 1990er Jahren. Zuvor waren Löhne kein öffentliches Thema. Nicht einmal für die Gewerkschaften. Sie verhandelten in einzelnen Betrieben und Branchen, sofern überhaupt GAV mit Mindestlöhnen bestanden. In vielen Tieflohnbranchen gab es allerdings gar keine GAV. Und teilweise hatten die Gewerkschaften in den Jahrzehnten davor die Fähigkeit und den Willen verloren, Arbeitskämpfe zu führen. Das war früher anders. Ebenso wie das gewerkschaftliche Verhältnis zu staatlichen Mindestlöhnen. In den Jahren nach dem Landesstreik 1918 verlang-

Die öffentliche Meinung war klar: Das geht nicht! Doch der Wirtverband Gastrosuisse blieb stur.

für Ungelernte stiegen um fast 20 Prozent an die Schwelle der von den Gewerkschaften geforderten 3000 Franken. Und auch die Löhne der gelerntten Arbeitenden stiegen, wenn auch weniger stark (siehe Grafik). Die eben veröffentlichte Untersuchung



ten die Gewerkschaften paritätisch zusammengesetzte Lohnämter, die für einzelne Branchen Mindestlöhne hätten erlassen können. Später legten die Gewerkschaften Wert darauf, Löhne über GAV ohne Einmischung des Staates festzusetzen.
LOHNPOLITISCHE WENDE
Im November 1998 tagten die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Die unia hatte einen Antrag ausgearbeitet mit dem sprechenden Titel «Für eine Politisierung der Löhne». Er setzte die lohnpolitische Wende der Gewerkschaften auf die Traktandenliste. Unia-Co-Präsident Andreas Rieger brachte es damals so auf den Punkt: «Wir haben eine Sozialpolitik, wir haben eine Preispolitik, wir haben sogar eine Milchpolitik. Aber es gibt in der Schweiz keine Lohnpolitik.» Das sollte sich ändern. Rieger: «Wir müssen die untersten Löhne zum politischen, öffentlichen Thema machen.»



Das gelang den Gewerkschaften in den folgenden Jahren. Paul Rechsteiner, frisch gewählter SGB-Präsident, stellte Löhne und Arbeitszeitverkürzung ins Zentrum seiner Tätigkeit: «Das sind nicht nur gewerkschaftliche, sondern auch wichtige gesellschaftliche Fragen.»
ERSCHRECKENDE ZAHLEN
«Kein Lohn unter 3000 Franken» war die Forderung der ersten Mindest-

lohnkampagne ab 1999 bis 2004. An ihrem Anfang stand eine Bestandesaufnahme der GAV-Mindestlöhne. Fast alle Verbände legten ihre GAV mit Tiefelöhnen offen. Und die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erschanken. 3000 Franken pro Monat entsprachen rund 66 Prozent des damaligen Medianlohns (siehe Seite 6). Doch in GAV wurden Mindestlöhne festgestellt, die bei der Hälfte oder sogar darunter lagen. So etwa im Detailhandel, in der Reinigung, in der Pflege, im Coif-feurgewerbe, bei den Chauffeuren. Mehrheitlich galten die tiefsten GAV-Mindestlöhne – wenig überraschend – für Tätigkeiten, die vor allem Frauen ausübten. Im Gastge-

werbe allerdings galten die Tiefelöhne für beide Geschlechter, und in den Metzgereien und in den LKW-Kabinen waren fast ausschliesslich Männer tätig. Und das lohnstatistische Fazit aus der damals neuen Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamtes für Statistik war ebenso erschreckend: Hunderttausende Lohnabhängige erhielten weniger als 3000 Franken pro Monat netto (kein Dreizehnter).

ERFOLGREICHE NIEDERLAGE
2011 lancierten die Unia und der SGB die nationale Mindestlohninitiative. Die Unterschriften kamen rasch zusammen. Bundesrat und rechte Parlamentsmehrheit lehnten die Initiative ab. Ebenso das Stimmvolk im Mai 2014. Vorausgegangen war ein Abstimmungskampf, bei dem die Arbeitgeberverbände und mehr oder weniger marktradikale Ökonomen alles an «Argumenten» gegen einen Mindestlohn anführten, was sie bis heute wiederholen (siehe auch Seite 6). Unbesehen davon, dass ihre Behauptungen längst von der Wirklichkeit wie von der Wissenschaft widerlegt sind. Auch das zeigt die Untersuchung von Gallusser und Rieger eindrucksvoll auf. Trotz dem schlechten Resultat der Volksabstimmung mit nur 23,7 Prozent Ja-Anteil war die Initiative und vor allem die rundherum geführte



KAMPAGNE: Mit einem riesigen Ballon warb die Unia für ein Ja zum nationalen Mindestlohn. Die Abstimmung ging verloren, doch der Kampf zeigte Wirkung. FOTO: UNIA

Neu erschienen: Fundierte Studie
Mit der Studie «25 Jahre Mindestlohn-Kampagne der Schweizer Gewerkschaften» liegt jetzt eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Mindestlöhne vor. Verfasst haben sie Andreas Rieger, ehemaliger Unia-Co-Präsident, der die ganze Kampagne entscheidend mitgeprägt hat, und der Ökonom, work-Kolumnist und SGB-Zentralsekretär David Gallusser. Neben den historischen Fakten und der Einbettung des Themas in internationale Zusammenhänge haben die Autoren auch statistische Daten in einer bis anhin nicht geleisteten Breite ausgewertet. Die Autoren widerlegen die seit Jahrzehnten wiederholten Anti-Mindestlohn-Argumente mit fundierten Zahlen, und die ausführliche Literaturliste bietet allen Interessierten reichlich Stoff zur weiteren Vertiefung.

NEUE ZIELE
Trotz vielen Erfolgen der Gewerkschaften sind tiefe und tiefste Löhne in der Schweiz immer noch ein drängendes Problem. Sechs Prozent aller Lohnabhängigen verdienen immer noch weniger als 4000 Franken im Monat für einen Vollzeitjob. Bei den Frauen sind es gar neun Prozent. Und es sind längst nicht nur serbelnde Kleinbetriebe, die solche geschämigen Löhne bezahlen, sondern zum Beispiel auch Luxushotel-Ketten und Mode-Konzerne, die ihre Besitzenden zu Multimillionären machen.
Die Gewerkschaften haben dieses Jahr ihre Zielsetzungen für die kommenden Jahre aktualisiert: keine Löhne unter 4500 Franken und mindestens 5000 Franken für Menschen mit Lehrabschluss. Der gewerkschaftliche Kampf für Löhne, die zum Leben reichen, geht weiter. In den Betrieben, in den Branchen und in der Politik. Bis in der Schweiz jeder Anto Blazanovic von einem 100-Prozent-Job anständig leben kann. Und jede Antonia Blaser auch.

30. Juni 2023 work

Mindestlohn-Sieg!

250 Fr. mehr
100 Fr. mehr
300 Fr. mehr

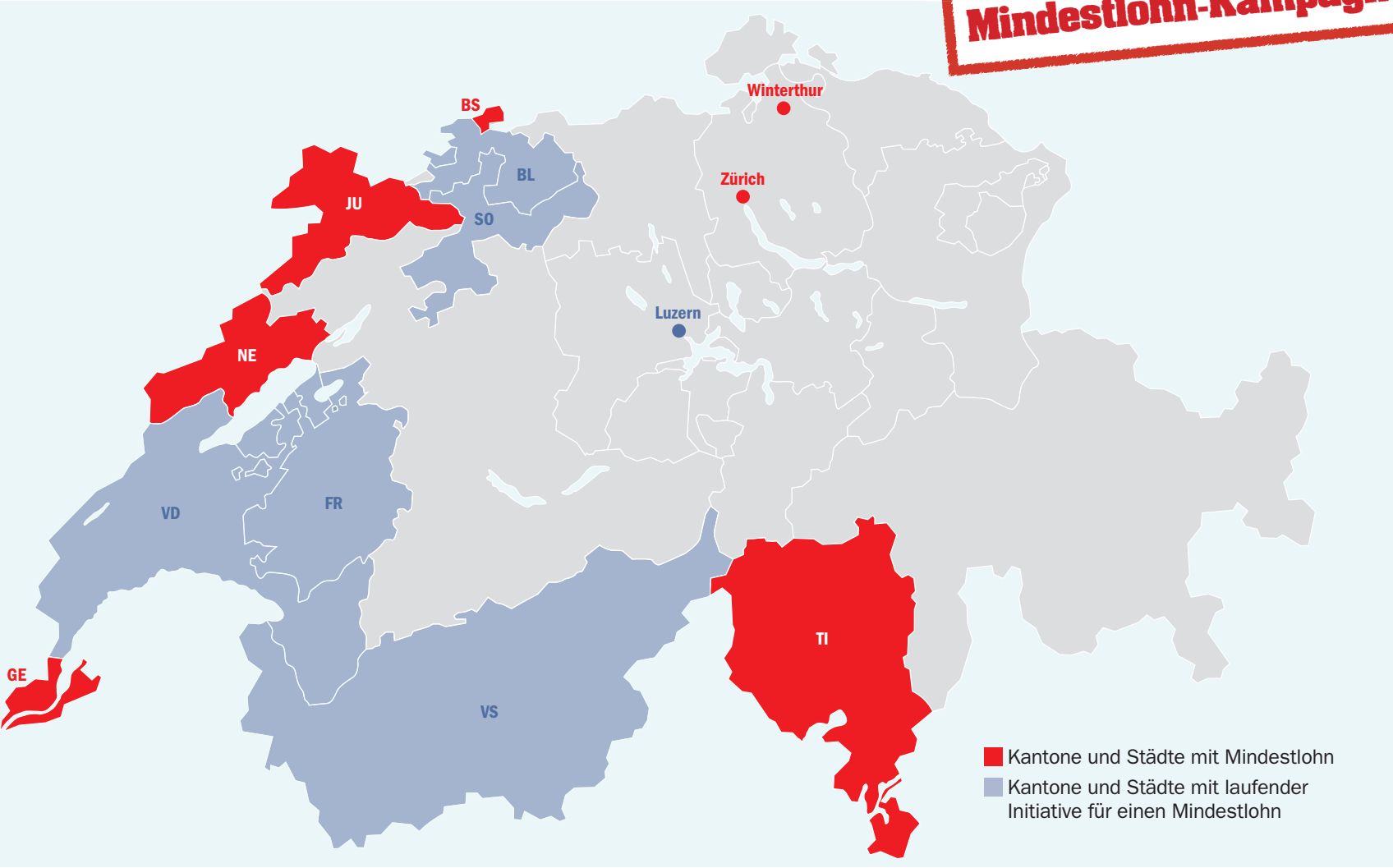
Angela Stillemeier, 56, Kochin
Ursula Alata, 48, Reiseleiterin
Elena Gombis, 49, Reiseleiterin

ANSAGE DES STIMMVOLKS: Zürich und Winterthur haben heuer den Mindestlohn mit rund 70 Prozent bzw. über 65 Prozent deutlich angenommen.

Das passt den Bossen nicht: Mindestlöhne quer durchs Land

Mindestlohn-Welle erfasst die Schweiz

25 Jahre
Mindestlohn-Kampagne



In immer mehr Kantonen und Städten gelten Mindestlöhne. Dank gewerkschaftlichen Initiativen. Und bald könnten noch mehr dazukommen.

CLEMENS STUDER

Arbeitgeber-Ideologen wollen keine Mindestlöhne. Nicht in Gesamtarbeitsverträgen, nicht in der Bundesverfassung, nicht in Kantonsverfassungen, nicht in Städten. Geht es um nationale Mindestlöhne, sehen sie den Föderalismus verletzt. Geht's um kantonale Mindestlöhne, sehen sie die Kantone gegenüber Nachbarkantonen benachteiligt.

Sagt das Volk Ja, prozessieren die Arbeitgeber gerne jahrelang dagegen.

Und geht es um städtische Mindestlöhne, sehen sie die Städte gegenüber den Agglomerationsgemeinden benachteiligt. Und sagt das Volk Ja, prozessieren sie gerne während Jahren gegen den Volksentscheid, um möglichst lange Dumpinglöhne bezahlen zu können.

So aktuell auch in Zürich und Winterthur, wo die Stimmenden im Juni mit 69 beziehungsweise 66 Prozent deutlich Ja zu städtischen Mindestlöhnen sagten. Ein grosser Erfolg, dessen Umsetzung eine Verliererkoalition aus Arbeitgeberverbänden jetzt juristisch verzögert (work be-

richtete: www.rebrand.ly/hungerlohn-koalition). Ihr trauriges Vorbild dürften die Neuenburger Arbeitgeber sein, die nach einem Volks-Ja zu kantonalen Mindestlöhnen bis vor Bundesgericht zogen um die Einführung von Mindestlöhnen so lange wie möglich zu verzögern und die Überausbeutung der Geringverdienenden durch Dumping-Arbeitgeber zu verlängern. Es gelang ihnen während sechs Jahren, bis das höchste Gericht entschied: kantonale Mindestlöhne sind erlaubt.

ERFOLG UM ERFOLG

Doch die Mindestlohn-Welle rollt weiter: Seit 2014 haben die Kantone Neuenburg, Jura, Genf, Tessin und Basel-Stadt Ja zu entsprechenden Volksinitiativen gesagt und Mindestlöhne eingeführt. Aktuell sind Initiativen in den Kantonen Basel-Landschaft, Waadt und in der Stadt Luzern eingereicht und im politischen Prozess. In den Kantonen Freiburg (rebrand.ly/mindestlohn-fr), Solothurn (www.rebrand.ly/mindestlohn-so) und Wallis (www.rebrand.ly/mindestlohn-vs) werden Unterschriften gesammelt. In den Kantonen Appenzell Ausserrhodens, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau sowie in den Städten Bern und Biel finden Diskussionen für die Einführung eines Mindestlohns statt.

NEUE ANGRIFFE

Die aufgeschreckten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wollen jetzt über ihre rechte Parla-

Mindestlohn-Tagung: Jetzt anmelden!

25 Jahre Mindestlohn-Kampagne, und es ist noch nicht vorbei. An einer Tagung mit hochkarätigen Gästen ziehen die Autoren der Studie, **Andreas Rieger** und **David Gallusser**, Bilanz und diskutieren die Perspektive für eine neue Mindestlohn-Offensive. Als Referentinnen und Referenten und an der Podiumsdiskussion nehmen teil: **Vanja Alleva**, Präsidentin Unia; **Serge Gaillard**, ehemaliger Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, vormals Leiter des SGB-Zentralsekretariats sowie Leiter der Direktion für Arbeit im Seco; **Catherine Laubscher**, ehemalige Regiosekreterin Unia Neuenburg; **Alessandro Pelizzari**, Direktor der Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HETSL) und ehemaliger Regiosekreter der Unia Genf; **Paul Rechsteiner**, ehemaliger Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) und alt Ständerat. Weitere Details und das Anmeldeformular gibt es hier: rebrand.ly/MiLo-Tagung.

mentsmehrheit kantonale und städtische Mindestlöhne von GAV übersteuern lassen (work berichtete: rebrand.ly/milo-angriff). Halten sie daran fest, ist das gewerkschaftliche Referendum programmiert.

Glossar: Von welchen Lohnstatistiken reden wir? Und was war die «kleine unia»?

«Kleine unia»: Ab 1996 bauten die Gewerkschaften Smuv und GBI gemeinsam eine neue Gewerkschaft auf. Die (klein geschriebene) unia sollte die Organisationslücke im privaten Dienstleistungsbereich (vor allem Gastro und Verkauf) schliessen. Smuv und GBI intensivierten die Zusammenarbeit über die unia-Gründung hinaus und beschlossen im Jahr 2004 die Fusion zur branchenübergreifenden Grossgewerkschaft, mit dabei war die Gewerkschaft Verkauf Handel Transport Lebensmittel (VHTL). Und natürlich die «kleine unia», deren Name – jetzt gross geschrieben – zum Namen der neuen Organisation wurde. Seit Januar 2005 ist die Unia die grösste Gewerkschaft der Schweiz.

SAKE und LSE: Die Erhebung der Schweizer Lohndaten wurde in den 1990er Jahren massiv verbessert. Seit 1991 erfasst das Bundesamt für Statistik (BFS) mit der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) die Erwerbsstruktur und das Erwerbsverhalten der ständigen Wohnbevölkerung. Dabei werden internationale Definitionen angewendet, damit sich die schweizerischen Daten mit jenen der übrigen OECD- und EU-Ländern vergleichen lassen. Ein noch genaueres Bild von der Lohnsituation zeichnet seit 1994 die Lohnstrukturerhebung (LSE). Zu Beginn erfasste das BFS die Löhne von 750 000 Arbeitnehmenden – heute von über 2 Millionen. Die statisti-

schen Neuerungen ermöglichen es, nicht nur Durchschnittslöhne auszuwerten. Seit den 1990er Jahren ist es etwa auch möglich auszuwerten, wie viele Lohnabhängige unter 3000 Franken verdienen. Oder Lohnstatistiken nach Merkmalen wie Alter, Region und Qualifikation auszuwerten.

Medianlohn: Der Medianlohn ist ein statistischer Begriff. Die eine Hälfte der Löhne liegt darüber, die andere darunter. Medianlöhne können über alle Erwerbstätigen erhoben werden. Oder für andere Eigenschaften wie etwa Geschlecht, Branche, Alter, Regionen. Der Medianlohn in der Gesamtwirtschaft lag in der Schweiz 2020 für einen Vollzeitjob bei 6665

Franken. Die Gewerkschaften gehen international davon aus, dass ein gesetzlicher Mindestlohn bei mindestens 60 Prozent des Medianlohns liegen muss.

Tief- und Tiefstlöhne: Wer nur 66 Prozent des Medianlohns und weniger verdient, erhält einen Tieflohn. Das betraf 2020 jede zehnte erwerbstätige Person. Am meisten Tieflohnstellen gab es im Detailhandel und im Gastgewerbe sowie bei den persönlichen Dienstleistungen, also zum Beispiel im Coiffeurgewerbe. Wer gar nur die Hälfte des Medianlohns verdient, ist ein Tiefstlöhner oder eine Tiefstlöhnerin. In beiden Kategorien sind Frauen übervertreten.



Einwegticket Zürich–Hanoi

Seit drei Wochen lebe ich in Hanoi, Vietnam. Für die einen ist es ein sonniges Ferienziel, für die anderen ein Schauplatz alter Yankee-Kriegsfilme. Für die 100 Millionen



Marius Käch ist Bauarbeiter und studiert jetzt in Vietnam.

Menschen, die hier leben, ist es der Aufbruch in eine neue Ära. Nach 83 Jahren kolonialer Unterdrückung durch Frankreich, nach 30 Jahren Krieg gegen die Invasoren aus Frankreich und den USA und weiteren 29 Jahren unter einer

Vietnam bricht in eine neue Ära auf – spannend!

Wirtschaftsblockade durch den gesamten Westen stehen die letzten 19 Jahre im Zeichen der wirtschaftlichen Integration in den Welthandel, der rasanten Entwicklung der Gesellschaft und des neu erschaffenen Wohlstands.

ALT UND NEU. In einem unglaublichen Tempo durchläuft die sozialistische Republik Vietnam einen faszinierenden Prozess, der einer Zeitreise gleicht. Überall im Land kollidieren Welten, überall trifft Alt auf Neu, Entwicklungsland auf modernste Technologie, Infrastruktur und Tradition auf Generation Z.

WIDERSPRÜCHE. In der Altstadt von Hanoi lassen die Strassen kaum Platz für ein Auto, der 5G-Empfang für das Handy ist aber perfekt. Die Hauptstrasse aus der Hauptstadt hat in beide Richtungen 5 Spuren, darauf radelt in aller Seelenruhe eine Grossmutter mit Strohhut auf dem Velo vor sich hin. In den Banken wird noch analog gearbeitet, das rot gestempelte Papier türmt sich, die Strassenverkäuferinnen und -verkäufer zahlt man hingegen per Handy und QR-Code – Kreditkarten sind hier schon veraltet. Bei den Plattenbauten aus den 1970ern und 1980ern bröckelt längst die Farbe ab, doch die dort hausenden Menschen fahren mit Elektrofahrzeugen aus lokaler Produktion ein und aus.

ABENTEUER. Ich möchte, weil mich dieses Vietnam in seinem Wandel so fasziniert, seine Reise in eine neue Zeit miterleben. Deshalb habe ich mich an der International School der Nationalen Universität Vietnams für ein Bachelor-Studium «The English Language» eingeschrieben. Und mit dem Studium hier im Land warten viele Abenteuer auf mich, die mir mehr über das Leben in der grossen weiten Welt und einer völlig neuen Gesellschaft beibringen. Es ist eine einzigartige Gelegenheit für mich, Teil dieses Aufbruchs in die Zukunft zu sein.



Heizungsinstallateur **Lukas Traczali**, sein Kollege Alex und 1200 Arbeitskollegen fordern:

«Her mit dem guten GAV!»

AUF DEM WEG ZUR DEMO: Lukas Traczali (links) und Arbeitskollege Alex treffen gut gelaunt am Hauptbahnhof Zürich ein. FOTOS: DARJA KNEŽEVIĆ UND IWAN SCHAUWECKER

An der grossen Gewerbe-Demo am 7. Oktober in Zürich waren 1200 Elektrikerinnen, Gebäudetechniker und solidarische Kollegen auf den Strassen. Für klimafreundliche Gebäude brauchen die Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen.

DARJA KNEŽEVIĆ UND IWAN SCHAUWECKER

Treffpunkt kurz nach 12 Uhr am Hauptbahnhof in Zürich. Im Zug von Schaffhausen her reist Heizungsinstallateur Lukas Traczali (23) pünktlich zur grossen Gewerbe-Demo an. Und er bringt Freunde mit, darunter seinen Arbeits-

«Ich werde von meinem Chef verarscht.»

PHILIPP EBERLI, STROMER

kollegen Alex. Der verkündet feierlich: «Meine erste Demo!» Für Lukas Traczali sind Demos dagegen kein Neuland. Er ist schon länger aktiv bei der Unia und politisiert zudem bei der Jungsozialistischen Partei in Schaffhausen. Diese Demo ist für ihn sehr wichtig: «Hier geht es konkret um einen besseren Gesamtarbeitsvertrag für meine Branche!» Verbessern sich die Arbeitsbedingungen nicht, drohen der Gewerbebranche noch mehr Berufsaussteiger. Um dagegen anzukämpfen, treffen sich die Gewerbler beim Zürcher Landmuseum. Dorthin brechen auch Traczali und sein Arbeitskollege auf.

Am Treffpunkt angekommen, zieht er sich ein rotes T-Shirt an. Auch Trillerpfeifen, Fahnen und Kappen stehen den Demonstrantinnen und Demonstranten zur Verfügung. Erste Búezer trudeln aus allen Ecken der Schweiz ein. Die Berufskollegen aus dem Tessin kommen mit selbstgestalteten Transpis, die Basler und Ostschweizer kündigen sich mit lautem Trommeln und Pfeifen an. Jungstromeur Philipp Eberli (19) ist aus dem Thurgau angereist: «Wir haben immer mehr Arbeit mit der Installation von Wärmepumpen, aber immer den gleichen Lohn. Ich werde von meinem Chef verarscht.»



Philipp Eberli.

VORNE DABEI

14 Uhr: Es geht los! Unia-Mann Traczali ist ganz vorne im Demozug mit dabei, am Transpi zwischen Unia-Präsidentin Vania Alleva und Gewerbechefin Bruna Campanello. Die Forderungen sind klar: mehr Lohn, weniger Druck und die Frührente.

Mittlerweile sind 1200 Personen unterwegs. Der erste Stop des Demo-Zugs: der Sitz von Suissetec, dem Arbeitgeberverband für die Branche. Dort hält Traczali seine Rede: «Ohne uns ist es in keiner Wohnung gemütlich. Anstatt die Branche attraktiver zu gestalten, lassen uns unsere Chefs härter und länger arbeiten.» Die Kolleginnen und Kollegen feiern ihn mit Pfeifen und Klatschen. Anders Suissetec-Chef Christoph Schaer. Er steht augenrollend

in der Ecke. Und meint sarkastisch zu seinem Kollegen: «Wusste gar nicht, dass wir so viele Frauen in der Branche haben.» Später hält auch er eine Rede, erntet dafür aber laute Buhrufe von den Búezern (mehr dazu im Artikel unten).

SOLIDARITÄT VON ALLEN SEITEN

Tatsächlich sind viele Frauen dabei. Einige Berufskolleginnen, aber auch solidarische Ehefrauen und Freundinnen. So wie Nicole, die Lebenspartnerin von Elektriker Placide Kateda (50): «Ich setze mich mit meinem Mann für bessere Arbeitsbedingungen ein. Wir sind extra aus Lausanne angereist.» Bei der Demo sind auch Baukollegen dabei. Einer von ihnen ist Carlos Araujo (48). Er ist mit seinen Töchtern aus Baar angereist und sagt: «Wir müssen alle zusammenhalten, egal, wo wir arbeiten.»



Placide und Nicole Kateda.

Und so zieht der Demozug weiter, legt den Tramverkehr rund um den Hauptbahnhof lahm und zieht viele Blicke auf sich. Während auf der einen Strassenseite demonstriert wird, schauen auf der anderen Strassenseite grimmige Protzer aus ihren Luxuswagen. Für Traczali eine motivierende Demo: «Jetzt ist auch den Chefs in den Teppichetagen klar: her mit dem guten GAV!»

Gendarstellung: Berichterstattung in der Ausgabe vom 15. September

In der Ausgabe vom 15. September 2023 unter dem Titel «Wir werden aufs übelste ausgebeutet!» berichtete work im Zusammenhang mit dem Ergänzungsbau zum Thurgauer Regierungsgebäude unter dem Untertitel «Tatort Regierungsgebäude», die BMB Quality GmbH,



gegründet 2021, habe die HAV als Sub-Subunternehmerin mit Armierungsarbeiten beauftragt, wobei sie nachweislich bereits mehrfach gegen den Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe (LMV) verstossen habe, und bezichtigt diese unter anderem der Schwarzarbeit, da anlässlich einer von der Unia durchgeführten Kontrolle am 7. September 2023 die Eisenleger sofort die Baustelle verlassen hätten, was gemäss Unia-Mann Lukas Auer ein klares Indiz für Schwarzarbeit sei, weshalb er den Fall beim Thurgauer Arbeitsinspektorat angezeigt habe.

Dies trifft nicht zu. Tatsächlich wurde die BMB Quality GmbH, gegründet 2014, direkt von der Corti AG mit Armierungsarbeiten auf der Baustelle Ergänzungsbau zum Thurgauer Regierungsgebäude beauftragt und führt die entsprechenden Arbeiten selbst aus. Der BMB Quality GmbH sind im Zusammenhang mit der erwähnten Baustelle auch keine Verstösse gegen den LMV bekannt. Insbesondere liegen keine Verstösse gegen das Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit vor. Die BMB Quality GmbH hat zudem keine Kenntnis davon, dass am 7. September 2023 auf der Baustelle Ergänzungsbau zum Thurgauer Regierungsgebäude in Frauenfeld eine Kontrolle durch die Unia durchgeführt wurde. Hingegen ergab eine Kontrolle durch das Arbeitsmarktinnspektorat vom 14. September 2023 vor Ort, dass hinsichtlich der Firma BMB Quality GmbH keine Verstösse festgestellt wurden.

BMB QUALITY GMBH
BEKIM MUSTAFI, GESCHÄFTSFÜHRER

Zum Ursprungsartikel geht es über diesen Link: rebrand.ly/ausbeutung.

Für die Zukunft: «Demo war bitter nötig»

Die Demo der Gebäudetechnikerinnen und Elektriker in Zürich hat gezeigt: Es geht um die Zukunft einer Branche, die die Klimawende baut. Aldo Ferrari, Unia-Co-Leiter für den Sektor Gewerbe, sagt: «Dass so viele Berufskollegen gekommen sind, hat den Chef des Arbeitgeberverbands Suissetec völlig überrascht.» Zurzeit verhandelt Ferrari die neuen Gesamtarbeitsverträge (GAV) für Gebäudetechniker und Elektrikerinnen. Er weiss: «Die Lohnfrage im neuen GAV ist

ter. «Hau ab!» riefen einige. Denn sie kennen die echten Probleme an ihren Arbeitsplätzen.

SAFTIGE GEWINNE. Wer in der Gebäudetechnik oder als Stromer arbeitet, spürt es: Die Energiewende fordert die Búezerinnen und Búezer, das Auftragsvolumen ist immens, und die Fachkräfte fehlen. Ferrari: «Klimafreundliche Gebäude sind immer mehr ein Thema, und während die Chefs saftige Gewinne machen, bleiben gute Arbeitsbedingungen auf der Strecke.»

Deshalb sind die Forderungen klar: die Löhne müssen real und auf lange Sicht steigen. Es braucht fairere Regeln für Überstunden, und die Anreise zu den Baustellen muss zur Arbeitszeit gehören. Weiter muss in den Gesamtarbeitsverträgen eine Frühpensionierung geregelt sein. Ferrari sagt: «Wegen des hohen Auftragsvolumens ist der Druck sehr gross. Der Nachwuchs fehlt, denn junge Leute brechen entweder die Lehre ab oder verlassen den Beruf nach wenigen Jahren.» (dak)

«Dass so viele gekommen sind, hat die Chefs überrascht.»

ALDO FERRARI, UNIA

noch nicht vom Tisch. Diese Demo war bitter nötig!»

Anderer Meinung war Christoph Schaer, Direktor des Arbeitgeberverbands Suissetec. An der Demo trat er vor die 1200 Demonstrierenden und behauptete: «Viel Lärm um nichts!» Keine Wunder, erntete er laute Buhrufe der Arbeiter.

Der Kanton Waadt macht's vor		
	GAV Gebäudetechnik Schweiz	GAV Gebäudetechnik Waadtland
Arbeitszeit	40 h/Woche	40 h/Woche
Mindestlohn	EFZ: 1. Jahr: 4100 Fr. ohne Abschluss: 1. Jahr: 3700 Fr.	EFZ: 1. Jahr: 4870 Fr. ohne Abschluss: Anfang: 4531 Fr.
bezahlte Pause	keine!	15 Minuten pro Tag
Mittagsentschädigung	15 Fr. , wenn der Arbeitsort mehr als 10 km vom Unternehmen entfernt ist	21 Fr. jeden Tag, ohne Bedingung
Arbeitswege	Wohnort ↔ Arbeitsort: Ausschlussradius (nach Konsultation der Arbeitnehmer) erlaubt. Wenn der Arbeitsort innerhalb des Radius liegt, wird die Fahrt nicht bezahlt!	Wohnort ↔ Arbeitsort: bezahlte Arbeitszeit
Überstunden	● Über 40 h/Woche: Entweder mit Freizeit gleicher Dauer oder mit 100 Prozent Lohn , wenn eine Kompensation mit Freizeit möglich, vom Arbeitnehmenden aber nicht gewünscht ist. ● Ist eine Kompensation mit Freizeit nicht möglich, sind die Überstunden mit einem Lohnzuschlag von 25% zu entschädigen.	● Über 40 h/Woche: Zeitkompensation oder mit einem Lohnzuschlag von 25% bezahlt.
Frühpensionierung	keine!	ab 62

Tankstellen-GAV
Tessin ist
wieder Teil
der Schweiz

In Anbetracht der Milliardengewinne, die Ölkonzerne wie BP, Shell oder Socar einfahren, sind Mindestlöhne in Tankstellenshops das mindeste. Nun gelten sie endlich auch im Tessin.

IWAN SCHAUWECKER

Der Bundesrat hat die Beschwerden einiger Tessiner Tankstellenbetreiber abgewiesen. Die von Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbarten Mindestlöhne im landesweit gültigen GAV werden damit auch für das Tessin verbindlich erklärt.

Die Tessiner Ausnahmeregelung aus dem Jahr 2017 wird da-



ENDLICH: Auch im Tessin gelten nun Mindestlöhne an Tankstellen. FOTO: KEY

mit aufgehoben. Der Beschluss des Bundesrates betrifft etwa 1000 Personen an über 150 Tankstellen. Ab dem 1. November erhalten ungelernte Arbeiterinnen und Arbeiter in den Tessiner Tankstellenshops damit einen Lohn von 3540 Franken und diejenigen mit einer Ausbildung einen Mindestlohn von bis zu 3900 Franken. Ab dem 1. Januar 2024 steigen die dreizehn Monatslöhne der Ungelernten dann gemäss dem natio-

Ihre Ausrede zeigt die
Verachtung gegenüber
ihrem Personal.

nal vereinbarten Mindestlohn auf 3630 Franken, die der Qualifizierten auf bis zu 4000 Franken. Dies ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem heutigen kantonalen Mindestlohn im Tessin.

DIE AUSREDE. Die Tessiner Tankstellenchefs argumentierten, dass die bisher im Tessin gezahlten Löhne ausreichend seien, weil die meisten Arbeitnehmenden Grenzgänger seien. Zudem sei es schwierig, einheimische Arbeitnehmer zu finden, weil die Arbeit in den Shops zu unbeliebt sei. Für Chiara Landi, Leiterin des Dienstleistungssektors bei der Unia Tessin, zeigt dies die Verachtung der Tessiner Tankstellenbetreiber für ihr Personal. «Dies ist einer der unanständigsten Punkte, mit denen die Tessiner Arbeitgeber die Mindestlöhne in den Shops verhindern wollten.» Der Bundesrat habe die Tankstellenbetreiber daran erinnert, dass das Gegenteil der Fall ist: Die Arbeit in den Tankstellenshops wird von den Einheimischen vor allem wegen der zu niedrigen Löhne gemieden.

DIE ERRUNGENSCHAFTEN. Der erneuerte nationale GAV hat neben den Mindestlöhnen die Arbeitsbedingungen der Tankstellenmitarbeitenden in der ganzen Schweiz seit 2017 grundsätzlich verbessert. So wurde im Tankstellen-GAV das Recht auf zwei freie Tage pro Woche festlegt, die mindestens einmal im Monat aufeinander folgen müssen. Arbeitnehmende müssen zudem an mindestens zehn Wochenenden pro Jahr frei haben, und der Mutterschaftsurlaub wird ab dem dritten Dienstjahr auf 16 Wochen verlängert.

Zu Besuch bei Milliardär Samih Sawiris’ alpinem Reichenréduit
Andermatt Monopoly

Zehn Jahre nach dem Streik gegen Dumpinglöhne wird bei Andermatt Swiss Alps immer noch gebaut wie wild. Und gekauft wie wild. work hat sich im Luxusresort umgeschaut.

IWAN SCHAUWECKER

Zwischen den Häusern «Steinadler», «Fuchs» und «Wolf» ist an diesem sonnigen Herbstmorgen kaum ein Mensch im neuen Dorfteil des Immobilienkonzerns Andermatt Swiss Alps unterwegs. Am Rande der Siedlung trifft work einen bärtigen Einheimischen mit Feldstecher. Er sei

«Der Kanton Uri tanzt nach der Pfeife von Andermatt Swiss Alps.»

GIUSEPPE REO, REGIONALLEITER UNIA

schon immer gegen dieses Projekt gewesen. Er sagt: «Ich bin noch nie da drin gewesen und werde auch nie reingehen, das ist nicht mehr meine Welt.» Anders sieht das der junge Planer der Firma Loosli Holzbau aus Willisau. Er ist heute aus dem Kanton Luzern zur Besichtigung der Baustelle angereist. Andermatt Swiss Alps sei für ihn und für viele andere Baufirmen aus der Innerschweiz ein lukrativer und langfristiger Auftraggeber. Ein Team von zehn Mitarbeitenden arbeitet gerade an der Fertigstellung eines Dachgiebels. Für die Erstellung der Holzfassade werde dann ein Gerüst mit Heizsystem aufgebaut, damit die Arbeiter auch im Winter vorwärtskommen könnten. Auf die Frage, für wen die Appartements denn gebaut würden, fragt er zurück: «Meinen Sie die Russen?» Das sei doch alles längst bekannt. Swiss-Alps-Chef Samih Sawiris habe selbst über eine Milliarde Franken in der Schweiz investiert.

GOLDENE TREPPE

«Edle Abdeckungen, hochwertige Bodenbeläge, exklusive Geräte, aufwendige Holzeinbauten, eine goldene Treppe und als Tüpfelchen auf dem i: eine Privatsauna im Badezimmer.» So preisen die Architekten das soeben renovierte Maisonnette-Penthouse im Appartementhaus «Edelweiss» an. Nur fünf Jahre nach dem Erstbezug musste die Wohnung für die anspruchsvolle Besitzerschaft renoviert werden. Doch im Resort von Andermatt Swiss Alps wird nicht



VON REICHEN FÜR REICHE: In Andermatt entstehen Luxusappartements für die Vermögenden dieser Welt, während Arbeiterinnen und Arbeiter in der Region kaum mehr bezahlbare Wohnungen finden. FOTO: IWAN SCHAUWECKER

nur renoviert, es wird vor allem auch fleissig weitergebaut. Acht Baukräne ragen hier in den Urner Berg-himmel. Mehrere Hundert Arbeiterinnen und Arbeiter betonieren Fundamente und installieren im Innern der Gebäude die Elektronik und die Heizsysteme. Die Zeit drängt, denn bald könnten Kälte und Schnee die Betonarbeiten auf 1400 Metern über Meer erschweren.

EIN STREIK ZU VIEL

Giuseppe Reo, Regioleiter der Unia Innerschweiz, hat vor zehn Jahren einen Streik gegen Dumpinglöhne auf der Baustelle des Luxushotels The Chedi von Sawiris in Andermatt organisiert. Damals wurde publik, dass Elektroinstallateure zu Dumpinglöhnen von 9,90 Euro pro Stunde in Andermatt arbeiten mussten. Dies war weniger als die Hälfte dessen, was die Handwerker eigentlich hätten erhalten sollen. Doch seither hat die Unia einen schweren Stand auf den Baustellen des Resorts. Reo sagt: «Die Bauarbeiter wurden völlig indoktriniert, sie sollten keinen Kontakt mehr mit den Gewerkschaften haben.» Auch der Kanton Uri tanze vor allem nach der Pfeife von Andermatt Swiss Alps. Bei der Vollzugsstelle des Kantons sieht man das anders. Die Baustellen würden regelmässig kon-

trolliert. Seit 2013 seien nur noch drei bis vier Fälle von Schwarzarbeit festgestellt worden, und der Zugang zur Baustelle werde jetzt von einer Sicherheitsfirma überwacht.

Sicherheit suchen auch die Investoren. Inzwischen ist es für die Einheimischen und die über 500 Hotelmitarbeitenden des Andermatt Swiss Alps Resorts schwierig geworden, eine bezahlbare Wohnung im Urserental zu finden. Denn das Feriendorf von Samih Sawiris ist ein Réduit für das Geld der Reichen, und dies hat die Mietpreise in der Region stark hochgetrieben. Auf Werbeta-feln werden weitere potentielle Investorinnen und Investoren angesprochen: «Become an Andermatter» – werde Andermatt. Ab 1,25 Millionen Franken für eine Zweizimmer-wohnung ist man dabei.

VON ZUG BIS PANAMA

Unter den Käufern der Appartements sind dieses Jahr zahlreiche Privatpersonen aus Singapur, einige aus Russland, Beteiligungsgesellschaften aus Zug, aber auch der ehemalige serbische Premierminister Božović, der unter dem jugoslawischen Ex-Präsidenten Slobodan Milošević Karriere gemacht hatte. Auch Briefkastenfirmen aus Panama, Zypern und den Virgin Islands und Steuerflucht-

linge aus Norwegen haben in Andermatt schon Wohnungen gekauft. Dass dieser Verkauf an ausländische Gesellschaften und Privatpersonen in Andermatt überhaupt möglich ist, geht auf Christoph Blocher zurück: Als Bundesrat und Vorsteher des Justizdepartements hat er 2006 beim Gesamtbundesrat eine Ausnahmeregelung der Lex Koller für das Resort in Andermatt erwirkt. Zudem weist die Schweizer Geldwäscherei-Gesetzgebung bis heute Lücken beim Handel mit Immobilien auf.

Auf den Vorwurf der Geldwäscherei angesprochen, hält Stefan Kern, Mediensprecher von Swiss Alps Andermatt, fest: «Wir halten uns beim Verkauf der Immobilien an die in der Schweiz geltenden Vorschriften und haben auch intern strenge Regelungen.» Es würden alle Transaktionen über Schweizer Banken laufen und auch kein Bargeld und keine Kryptowährungen akzeptiert. Im Jahr 2023 seien bis jetzt 70 Wohnungen verkauft worden, und der Anteil der Käuferinnen und Käufer aus der Schweiz betrage weiterhin sechzig Prozent. Die teuerste Wohnung habe etwa vier Millionen Franken gekostet. Alles gut und transparent also? Beim Andermatt Monopoly wird auf jeden Fall nach den Regeln des Kapitals gespielt.

Erst waren es Millionen, dann scheffelte das Familienunternehmen Milliarden
So tickt der Sawiris-Clan

Die Sawiris-Brüder sind mit einem Vermögen von weit über 10 Milliarden Franken die reichste Familie von Ägypten. Samih Sawiris will in der Schweiz expandieren.

IWAN SCHAUWECKER

Samih Sawiris wurde 1957 in der ägyptischen Hauptstadt Kairo geboren. Sawiris Vater Onsi baute mit seiner Firma Strassen und Kanäle und machte damit in den 1950er Jahren seine ersten Millionen. Doch 1961 verstaatlichte der damalige ägyptische Präsident Gamal Nasser die Baufirma von Sawiris. Nach einer Zeit im Exil in Libyen kehrte Onsi zurück nach Ägypten und gründete 1972 die Firma Orascom, die in der Bau-branchen, im Tourismus und in

der Telekommunikation tätig wurde. Auch dank der Nähe zum Ex-Präsidenten Husni Mubarak liefen die Geschäfte wie geschmiert: Orascom wurde zur grössten privatwirtschaftlichen Firma Ägyptens und Onsi zum Milliardär. In den 1990er Jahren teilte der Vater den Mischkonzern unter seinen drei Söhnen auf.

ES REGT SICH WIDERSTAND

Samih Sawiris übernahm die Tourismussparte und entwickelte Fe-



SAMIH SAWIRIS: So wurde er zum Ferienresort-Mogul. FOTO: KEYSTONE

rienresorts wie zum Beispiel El Gouna am Roten Meer. Heute betreibt die Orascom Holding mit Sitz in der Schweiz Ferienresorts in Ägypten, Oman, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Grossbritannien, in der Schweiz und in Montenegro, wo kürzlich ein Luxushotel auf einer Ex-Mussolini-KZ-Insel eröffnet wurde.

Die Planung des Projekts in Andermatt begann 2005. Nach einer Abstimmung in der Gemeinde Andermatt mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 96 Prozent konnte der Bau des Luxushotels

The Chedi und des Resorts auf dem ehemaligen Militärgelände der Schweizer Armee beginnen. Bis heute hat die von Samih Sawiris gegründete Firma Andermatt Swiss Alps 1,4 Milliarden Franken in Andermatt investiert, unter anderem auch mit dem Kauf und Ausbau des Skigebiets Andermatt-Sedrun. Das Skigebiet wurde 2022 an den US-Konzern Vail Resorts weiterverkauft.

Auch in Isleten am Urnersee, auf dem Gelände einer ehemaligen Sprengstofffabrik, möchte Sawiris jetzt einen Jachthafen und ein weiteres Resort bauen. Doch dagegen regt sich Widerstand: Die Grünen des Kantons Uri haben eine Volksinitiative eingereicht und wollen das Projekt verhindern.

Trotz Pflegenotstand: St. Galler Spitäler wollen 440 Stellen streichen

«Da machen wir nicht mit!»

In den St. Galler Spitälern hat es zu wenig Pflegende – wie fast überall. Trotzdem kündigt das Spital eine Massenentlassung an. Jetzt wehren sich die Pflegenden.

CHRISTIAN EGG

So etwas hätte Stationsleiterin Nathalie Frey (32) nie gedacht: Die St. Galler Spitäler wollen 440 Stellen abbauen. Das Mail des CEO traf sie am 28. September wie ein Blitz aus heiterem Himmel. «Und auch dann dachte ich noch, uns in der Pflege wird's sicher nicht treffen, wir sind eh immer zu wenig Leute.»

Ihre Kollegin Sina Auer (26), stellvertretende Leiterin einer anderen Station, hatte schon ein paar Tage zuvor Gerüchte gehört: «Es hiess, am Donnerstag werde eine Bombe platzen.» Aber so richtig glauben konnte sie es nicht. In einer Zeit, in der Pflegekräfte verzweifelt gesucht werden, will ein Spital genau solche Fachkräfte auf die Strasse stellen?

Unterdessen ist klar: Genau das wollen die St. Galler Spitäler. Allein im Kantonsspital, wo Frey und Auer arbeiten, sollen 260 Stellen abgebaut werden, davon 120 in der Pflege. Und zwar schon dieses und nächstes Jahr. Die Kündigungsgespräche seien bereits angelaufen, sagt Nathalie Frey: «Fast jeden Tag erfahre ich wieder von jemandem, der oder die entlassen wurde.» Zwar wurde ihr, wie auch Auer, gesagt, dass es in ihrem Team keine Kündigungen geben werde. Trotzdem macht ihr der Abbauplan Sorgen. Sie sagt: «Wir brauchen mehr Leute, nicht weniger!»

«GEZWUNGEN» – ABER DURCH WEN?

Nicht nur in der Ostschweiz reiben sich viele die Augen. Der Pflegenotstand verschärft sich von Tag zu Tag – und in St. Gallen sollen 440 Stellen wegfallen? Laut der Medienmitteilung des Verwaltungsrates an der Spitze aller öffentlich-rechtlichen Spitäler des Kantons fehle es an Geld: Man sei «aufgrund der finanziellen Situation» zum Abbau «gezwungen». Als ob die Buchhaltung irgendjemanden zu etwas zwingen könnte.

Richtig ist, dass viele Spitäler seit Jahren Verluste schreiben. Das liegt an der Spitalfinanzierung, wie sie 2007 von National- und Ständerat beschlossen wurde. Seither legen Tarife fest, welchen Betrag ein Spital für diese oder jene Behandlung verrechnen darf. Krankenkasse und Kanton zahlen genau diesen Betrag – unabhängig von den tatsächlichen Kosten.

Für Samuel Burri, Leiter Pflege bei der Unia, sind die Tarife in der Tendenz zu tief angesetzt: «In vielen Fällen decken sie nicht einmal die laufenden Kosten. Investitionen, etwa ein Spitalneubau, lassen sich mit diesen Einnahmen erst recht nicht finanzieren.» Deshalb sieht das Gesetz auch vor,

Landesweite Studie: Teilnehmende gesucht

Warum verlassen Fachkräfte das Gesundheitswesen? Wie lassen sich ihre Arbeitsbedingungen verbessern? Solchen Fragen geht eine gross angelegte Langzeitstudie der Universität Lausanne auf den Grund.

GRUNDLAGEN LIEFERN. Die Forscherinnen und Forscher suchen Pflegende, Ärztinnen usw., die bereit sind mitzumachen. Erklärtes Ziel des Projekts: Grundlagen zu liefern für Massnahmen gegen den Personal-mangel im Gesundheitswesen und für bessere Arbeitsbedingungen. Teilnahme und erste Ergebnisse: scohpic.ch.



DEN ABBAU ABWEHREN: Pflegerinnen Sina Auer (l.) und Nathalie Frey. FOTO: STEPHAN BÖSCH

dass ein Kanton seine Spitäler direkt finanziell unterstützen kann, etwa für die medizinische Forschung oder um die Versorgung in den Regionen zu gewährleisten. Auch in St. Gallen bekamen die Spitäler gerade erst diesen Frühling eine Finanzspritze

«Wir müssten Dinge wie die Körperpflege drastisch reduzieren.»

NATHALIE FREY, STATIONSLEITERIN

von 160 Millionen Franken – weil ihr Kapital durch die Defizite bedenklich geschrumpft war. Allerdings machte das von SVP, Mitte und FDP dominierte Kantonsparlament klar: Mehr gibt es nicht. Im Abstimmungsbüchlein hiess das so: «Die Mehrheit des Kantonsrates erwartet, dass die Spitäler betriebliche Optimierungen umsetzen, um in Zukunft bessere Ergebnisse zu erzielen.»

REZEPTE AUS DER MARKTWIRTSCHAFT

Und hier liegt der Grund für die Abbaupläne: Rezepte aus der Marktwirtschaft werden eins zu eins aufs Gesundheitswesen übertragen. Im Glauben, Pflege lasse sich ebenso optimieren wie ein industrieller Prozess. Und das ist nicht so. Die Gesundheits-ökonomin Mascha Madörin prägte dazu den Satz: «Sie können immer rationeller Autos produzieren. Aber Sie können nicht immer rationeller Menschen pflegen.» Genau das versucht jetzt offenbar der Spitalverwaltungsrat. Ziel der Abbaupläne sei es, «die Pa-

tientinnen und Patienten auch mit weniger Personal qualitativ gut betreuen zu können.» Wer's glaubt... Stationsleiterin Auer hat soeben den Dezember-Einsatzplan erstellt und musste feststellen, dass sie 33 Mal einen Dienst à 8 Stunden 40 Minuten nicht besetzen kann. Im Schnitt fehlt also auf der Station jeden Tag mindestens eine Pflegekraft. Schon jetzt!

Ein weiterer Abbau wäre dramatisch. Nathalie Frey: «Wenn die Pflege unterbesetzt wäre, würden Patientinnen und Patienten ihre Medikamente nicht rechtzeitig erhalten. Und wir müssten grundlegende Dinge wie die Körperpflege drastisch reduzieren.»

MENSCHENLEBEN IN GEFAHR

Solche Zustände will niemand. Am allerwenigsten die Pflegenden. Deshalb kämpfen sie jetzt gegen die Abbaupläne. Bereits haben die leitenden Pflegerinnen und Pfleger des Spitals gemeinsam in einem offenen Brief gewarnt, der Abbau würde die Sicherheit der Patientinnen und Patienten gefährden. Für den 23. Oktober ist eine Protestpause der Pflegenden im Innenhof des Spitals geplant, unterstützt von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften und Berufsverbänden. Gefordert sei jetzt der Kanton, sagt Sina Auer: «Die Politik muss Hand bieten für eine Lösung ohne Personalabbau.» Im November wollen die Pflegenden mit einer Demo in St. Gallen die Bevölkerung aufrütteln. Auer sagt: «Für uns alle ist der Moment gekommen, wo wir aufstehen und sagen: Da machen wir nicht mit.»



la suisse existe
Jean Ziegler

DER KAMPF GEGEN DIE RÄUBER

«Dem Innern des Landes seine Schätze zu entreissen, das ist ihr einziges Verlangen, mit keinem anderen moralischen Anspruch dahinter als dem von Räubern

Konzernverantwortung: beim Aufbruch
Die Gesetzesvorlage des eines Geld-
Bundesrats ist schwach. schrankes», der Satz stammt

aus dem weltberühmten Buch des polnisch-britischen Schriftstellers Josef Conrad «Herz der Finsternis», erschienen vor 120 Jahren. In Bezug auf die transkontinentalen Konzerne ist Conrads Satz von erschreckender Aktualität.

GIGANTISCH. Der US-Sprachwissenschaftler Noam Chomsky nennt diese Konzerne die «gigantic immortal persons» (die gigantischen unsterblichen Personen). Der weltgrösste Rohstoffspekulant ist die Zuger Firma Glencore. Anlässlich eines kürzlichen Treffens für die Investoren kündigte Glencore einen Bruttogewinn von 28,7 Milliarden US-Dollar für 2023 an. Schweizerische und internationale Gewerkschaften klagen Glencore wegen Korruption und häufiger Verletzungen von Menschenrechten und internationalen Normen des Umweltschutzes an (work berichtete: rebrand.ly/beschwerde). Wo ist Hoffnung? In Brüssel.

STARK. Oktober 2023: Im grossen Pressesaal des Berlaymont-Gebäudes, des EU-Hauptquartiers, kündigt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den kurz bevorstehenden Erlass einer neuen EU-Direktive an: Ab 2024 sollen transkontinentale Konzerne für die von ihnen oder/und ihren Zulieferern verursachten Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen (darunter auch die Missachtung der Gewerkschaftsfreiheit) von allen Geschädigten zivilrechtlich auf Schadensersatz verklagt werden können. Gerichtsstand ist das Ursprungsland des Konzerns. Die Konzerne müssen die Praktiken aller Unternehmen in allen Ländern ihrer Zulieferer («sous-traitants») prüfen. Mehrere Konzerne haben Hunderte von Zulieferern von Waren und Maschinen. Sie alle müssen jetzt mit der neuen EU-Richtlinie Überwachungsprogramme für ihre Praktiken erstellen.

SCHWACH. 2020 hat die Schweizer Bevölkerung die Volksinitiative für Konzernverantwortung zwar angenommen, die Initiative scheiterte aber am Ständemehr. Stattdessen legte der Bundesrat ein Gesetz vor. Dieses sieht keine effektiven zivilrechtlichen Sanktionen vor. Bestraft werden nur absichtlich falsche Angaben im obligatorischen Bericht zur nachhaltigen Entwicklung der Praktiken einer multinationalen Gesellschaft.

Die Vereinigung GEM (Groupement des Entreprises Multinationales) organisiert die grossen Schweizer Gesellschaften, die auf europäischem Boden tätig sind. GEM hat 103 Mitglieder. Diese Gesellschaften haben total 38 000 Angestellte. GEM bremst so stark wie irgend möglich den Ausbau der Konzernverantwortlichkeit. Und GEM bevormundet regelrecht Karin Keller-Sutter, damals Justizministerin. Entsprechend schwach sind die bundesrätlichen Vorlagen.

Das eidgenössische Parlament, die Gewerkschaften und die Öffentlichkeit müssen erwachen und an die jetzt zuständige Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider appellieren, die schweizerische Gesetzgebung der neuen EU-Direktive anzupassen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

So hausten Saisonniers: Auf dem Bühler-Areal in Biel stehen noch die einzigen original erhaltenen Baracken

Rundgang in einem Denkmal der Schande

Als ob die Baubüezer eben erst gegangen wären: so gut sind die schäbigen Massenverschläge von Saisonniers in Biel noch erhalten. Es sind gefährdete Denkmäler einer dunklen Geschichte. work hat sich vor Ort umgeschaut.

RALPH HUG | FOTOS: LUCAS DUBUIS

Nichts regt sich. Das Bühler-Areal unweit des Bahnhofes Biel liegt verlassen da. Das Eingangstor ist mit Stacheldraht gesichert. Ein Securitaswächter öffnet und winkt herein. Der Mann hat nicht viel zu tun, denn der Sturm ist längst vorbei. Der Sturm – das war die überraschende Besetzung des Geländes durch ein Besetzerkollektiv namens «L'équipe» im vergangenen Juni.

Seither ist das ehemalige Gelände der Baufirma Bühler & Co. Stadtgespräch. Aber nicht bloss wegen der Besetzung, die nur wenige Wochen dauerte. Sondern weil hier noch Saisonnier-Baracken stehen, die anderswo längst verschwunden sind: schäbige Massenverschläge, in denen die Arbeitsmigranten aus Italien, Spanien und Ex-Jugoslawien jahrelang hausen mussten.



ZEITZEUGNIS: In diesen Baracken in Biel lebten Saisonniers unter prekären Bedingungen.

ten. Ein eigentliches Denkmal der Schande. An die hundert Bauarbeiter sollen hier gewohnt haben.

KARGE KAMMERN

Pascal Djalti führt work in die Baracken. Djalti ist im Amt für Grundstücke des Kantons Bern für das Bühler-Areal zuständig. Der Kanton ist Besitzer des Geländes, seit die Baufirma weggezogen ist. Im ersten Stock eines Magazingebäudes befinden sich einige dieser Unterkünfte: Die Zimmer sind einfachste Bretterverschläge, eins reiht sich ans andere. Überall liegt Staub. Von der Decke hängen Glühbirnen, und vom einstigen Inventar sind nur kleine Öfen, ein Schrank und stumpfe Spiegel geblieben. Waschröge aus Blech zeugen davon, dass hier einmal Menschen lebten. In den kargen Kammern sitzt die Stimmung von öden Massenlagern.

Hinter einer Türe kommen eine alte Pelerine und ein Paar staubige Schuhe zum Vorschein. Im Türspalt steckt eine Zeitung. Es ist der «Corriere della Sera», Ausgabe vom 18. Oktober 1956. An einer Wand kleben vergilbte Sticker der Fussballclubs von Real Madrid und Deportivo La Coruña. Die Szenerie wirkt geisterhaft. Die Besichtigung wird je länger, je mehr zu einer Reise in die Vergangenheit. Genauer: in die 1950er

Legendär: Saisonniers-Filme

Alvaro Bizzarri kam 1955 als Zwanzigjähriger in die Schweiz. Er arbeitete als Schweisser in Biel, bevor er in ein Fotogeschäft wechselte und als Autodidakt das Kamerahandwerk erlernte. Empört über den aufbrandenden Rassismus der Schwarzenbach-Ara, drehte der junge Kommunist auf Super-8 zwei legendäre Filme über das Elend der Saisonniers und die sozialen Folgen des berüchtigten Saisonnierstatuts: «Lo stagionale» (1971) und «Il rovescio della medaglia» (1973).

BARACKEN-BIEL. Beide Filme sind starke Werke, die in jeden Schulunterricht gehören, zeigen sie doch auf, wie die Schweiz während Jahrzehnten die Menschenrechte von Hunderttausenden von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz missachtete. (rh)

Der Film, der in den Baracken von Biel gedreht wurde, ist auf Youtube zu sehen: [rebvandjy/saisonniers](https://www.youtube.com/watch?v=rebvandjy/saisonniers). Die Genfer Soziologin Morena La Barba hat Bizzarris Filme 2009 auf DVD herausgegeben.

Jahre, als zu Beginn der Hochkonjunktur Tausende Saisonniers, Männer und Frauen, aus Europas Süden in die Schweiz kamen. Die Wirtschaft brauchte billige Arbeitskräfte, das Saisonnierstatut machte sie zu Arbeitssklaven. Viele arbeiteten auf dem Bau – und lebten in prekären Verhältnissen. Wie im Bühler-Areal. Während sie andernorts verschwunden sind, blieben die Baracken hier unverändert. Und das bis 2002, als die letzten Saisonniers noch an der Arteplog der Expo 02 mitbauten.

STRENGES REGLEMENT

Die Zimmer im Magazin wirken fast komfortabel im Vergleich zu den Räumen im Dachstock der Schreinerei, die auch zum Firmenareal gehört. Dort waren ebenfalls Saisonniers untergebracht. Im Estrich! Ohne warmes Wasser, nur mit einem Stehkleid und minimalen sanitären Einrichtungen. Die Hausordnung macht klar,

Verstösse gegen die Hausordnung kosteten bis zu einen Taglohn.

wie die Leute unter strenger Kontrolle standen. Sie durften keinen Lärm machen, keine Besuche empfangen und keine Wäsche herumliegen lassen. Der Gebrauch von Petrollampen war strengstens untersagt. Wer die Bettwäsche verschmutzte oder sich gar in Arbeitskleidern hinlegte, wurde haftbar gemacht. Bei Nichtbeachtung drohten Bussen von zwanzig bis fünfzig Franken, die vom Taglohn abgezogen wurden. Der Stundenlohn für Saisonniers betrug 1970 um die sechs Franken. Ebenfalls vom Lohn abgezogen wurde ein Betrag für die Miete dieses «Mauselochs».

Dies alles ist dank Alvaro Bizzarris Film «Die Kehrseite der Medaille» (1974) bekannt. Der Dokumentarfilm ist eine 45minütige Anklage gegen die Ausbeutung von Saisonarbeitskräften und -arbeitern in der Schweiz (siehe Box). Bizzarri drehte in Biel, ging mit der Kamera durch die Verschlüge im Bühler-Areal und befragte Landsleute. Jene, die überhaupt zu reden wagten, beklagten sich bitter über die unhygienischen Zustände. Im Off-Kommentar wird die Schweiz als profitgieriges, ausbeuterisches Land angeprangert, das mit dem Saisonnierstatut die Menschenrechte verletzte, was aber niemanden gross kümmerte.

Bizzarris Film ist bald fünfzig Jahre alt. Dass er jetzt wieder im Gespräch ist, ist unter anderem der Aufmerksamkeit von Florian Eitel zu verdanken, Kurator im Neuen Museum Biel. Eitel hatte für die Ausstellung «Wir, die Saisonniers ... 1931–2022» Bizzarris Film angeschaut und festgestellt, dass er in Bieler Baracken gedreht wurde. «Ein schweizweit einzigartiges Zeugnis», sagt Florian Eitel. Er plädiert für die Erhaltung des Areals und findet: «Eigentlich müsste das ganze Ensemble auf den Ballenberg, denn es zeigt ja, wie ein typischer Bau für sogenannte Gastarbeiter aussah.»

Im Bühler-Areal lebte es sich aber auch komfortabel, um nicht zu sagen luxuriös. Die Villa des Patrons ist ebenfalls komplett erhalten. Sie steht nur wenige Meter neben den Baracken. Unten befinden sich die Büros der Baufirma und oben auf zwei Stockwerken geräumige Wohnungen mit Salons, Kaminen und allem Komfort. Die Küche ist bestens ausgerüstet. Auch ein Schülthess-Waschvollautomat mit Lochkartensteuerung ist noch da – 1954, als die Villa erbaut wurde, das Nonplusultra für den modernen Haushalt.

UNMENSCHLICH

Hier Baracken für die Saisonniers, dort Wohlstand für den Patron, und das alles gleich nebeneinander: Das Bühler-Areal kann als perfektes Abbild einer Klassengesellschaft erhalten. Doch Diskriminierung und Demütigung von Saisonniers störten damals nur wenige. In Bizzarris Film werden Pendler, die täglich an den Baracken vorbeifuhren, gefragt, ob sie wüssten, was in den Baracken sei. Sie dachten, es sei Baumaterial, aber nicht Menschen. Das ist eine der entlarvenden Szenen im Film.

Während die Arbeiter im Schatten blieben, genoss Patron Nicolas Bühler das Rampenlicht. Bühler war in den 1970er und 1980er Jahren ein bekannter Autorennfahrer. Auf Porsche und BMW nahm er an Rennen in Le Mans, Hockenheim und Spa-Francorchamps teil. Stadtbekannt ist, dass der Chef in den Garagen der Schreinerei an seinen Boliden herumschraubte, ungeachtet dessen, dass oben im Estrich Saisonniers hausten.

Was mit dem Gelände geschieht, ist offen. Seit der Besetzung liegt die Forderung nach Erhaltung auf dem Tisch. Derzeit ist eine Zwischennutzung im Gespräch. Längerfristig soll dort ein Erweiterungsbau des nahe gelegenen Gymnasiums entstehen. Auch der Verein «Tesor» hat sich eingeschaltet. Er setzt sich für die Aufarbeitung des Leids an Saisonnierfamilien ein. Für ihn ist klar, dass das Bühler-Areal ein wichtiger Erinnerungsort ist. Er dürfe nicht zerstört werden, hält er in einem Schreiben an den Kanton fest.



GAR NICHT EINLADEND: So sahen die sanitären Anlagen aus, die den rund 100 Saisonniers in Biel zur Verfügung standen.



MITTEN IM DURCHZUG: Das ist eine von zwei Duschen in dieser Baracke.



MASSENSCHLAG: In diesem Schlafraum tropft es durch die Decke.



205 FRANKEN: Monatsmiete 1990.



STAUBIG: Eine Pelerine, Schuhe und ein «Corriere della Sera» von 1956. FOTO: RALPH HUG



WASCHHECKE: Dieses Lavabo hat in den Jahren viele schmutzige Hände gesehen.



MINIMALISTISCH: Die Stehkleids in den Baracken.



ÜBERBLEIBSEL: Jemand hat seine spanische Zeitung auf der Toilette zurückgelassen.



HILFSMITTEL: Eine NZZ von 1991 diente als Abdeckung der Gaskochherde.



KEIN ORT DER RUHE: Neben diesem Schlafraum befand sich die Garage, in der der Chef an seinen Autos herumschraubte.



BRETT, NAGEL, NUMMER: Dieses Konstrukt diente als Garderobe.



VERPFLEGUNG: In der Küche hatten die Arbeiter ihre Vorratsschränke.



KAUM ISOLIERT: Durch die Gänge der Baracke zog der Wind.



UNTERKÜHLT: Der alte Öfen sorgte für ein bisschen Wärme.



DAS NÖTIGSTE: Als Küche dienten ein paar Gaskocher.



EDEL: Beim Patron gab es sogar im Treppenhaus einen Teppich.



DAS NEUESTE: Die Küche des Chefs galt damals als modern.



LUXURIÖS: Auf demselben Areal wie die Arbeiter residierte der Patron in einer Villa, die er sich einiges kosten liess.



CHEFTHRON: Die Toilette in der Bühler-Villa.

Für mehr Menschlichkeit auf dem Mittelmeer



SOLIDAR SUISSE



Unterstützen Sie mit uns die SOS Humanity,
die Menschen auf dem Mittelmeer vor dem Ertrinken rettet.
Setzen wir gemeinsam ein Zeichen, spenden Sie jetzt.

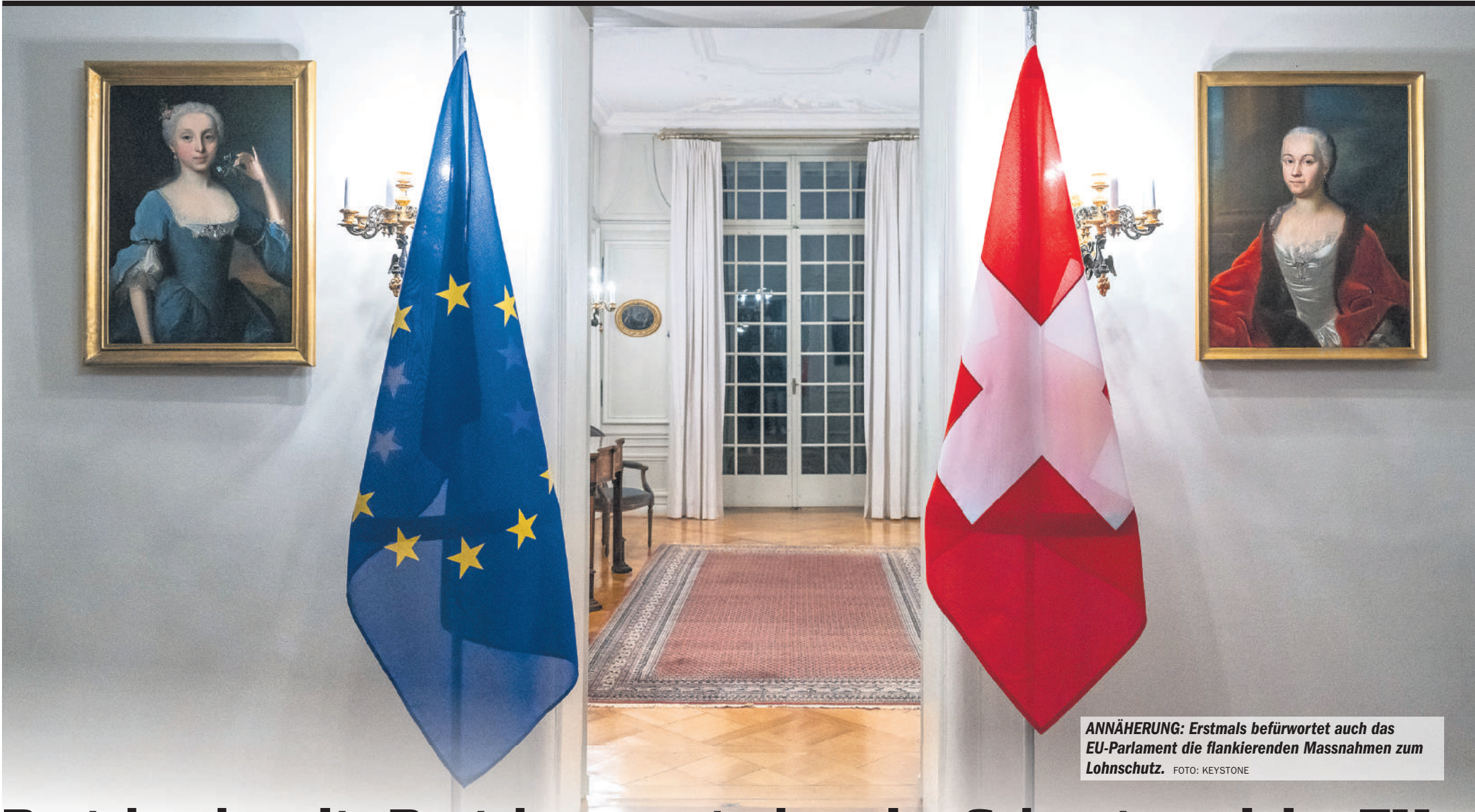


Wir blitzen und donnern für anständige Löhne!

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit
für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++



Bericht über die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU Schweizer Lohnschutz erhält überraschende Unterstützung

Das EU-Parlament stärkt den Schweizer Gewerkschaften den Rücken. Der Ball in Sachen Arbeitnehmerrechte liegt jetzt bei den Schweizer Arbeitgebern und der EU-Kommission. Eine Analyse von EU-Experte und work-Kolumnist Roland Erne.

ROLAND ERNE

Anfang Oktober verabschiedete das EU-Parlament seinen Bericht zur anstehenden Revision der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU. Der Parlamentsbericht fordert die EU-Kommission und den Bundesrat auf, «den Schutz von Arbeitnehmerrechten zu stärken, insbesondere hinsichtlich gewerkschaftsfeindlicher Entlassungen und Tarifverhandlungen, um faire und gleiche Marktbedingungen für alle Arbeitskräfte zu schaffen».

Das bedeutet, dass es dem EU-Parlament nicht mehr nur darum geht, «bürokratische Hürden im Bereich der Entsendung von Arbeitskräften zu senken». Dies hatten die EU-Kommission und Lukas Mandl (ÖVP/EVP), EU-Parlamentsberichterstatter zu den Beziehungen zur Schweiz, seit langem gefordert.

Dank den Abänderungsanträgen des österreichischen Sozialdemokraten Andreas Schieder und des deutschen Grünen Reinhard Bütikofer befürwortet erstmals auch



Lukas Mandl.
FOTO: WIKIPEDIA

das EU-Parlament «flankierende Massnahmen» um «den Schutz hoher sozialer Standards und den wirksamen und diskriminierungsfreien Schutz der Arbeitnehmerrechte zu gewährleisten, indem sie mobilen, entsandten und lokalen Arbeitnehmern gleiches Entgelt für gleiche Arbeit am gleichen Ort zusichern». Zur «Sicherstellung des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer» sollten EU-Kommission und Bundesrat in den anstehenden Verhandlungen deshalb entweder «temporäre» Ausnahmen vom EU-Recht oder ständige «Sicherheitsmass-

nahmen» in Betracht ziehen, die mit dem EU-Recht vereinbar sind. Dabei sollten die EU-Kommission und der Bundesrat auch den «ständigen Austausch mit den Sozialpartnern der Schweiz» suchen.

ÜBERRASCHENDE UNTERSTÜTZUNG

Das ist eine Kehrtwende. 2019 lehnte das EU-Parlament in der Debatte um das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz alle sozialen Abänderungsanträge zum Lohnschutz ab. Daraufhin scheiterte das Rahmenabkommen im schweizerischen Bundesrat, auch dank dem Widerstand der schweizerischen und europäischen Gewerkschaften. Deshalb mussten auch neoliberale und konservative Politiker einsehen, dass es im EU-Parlament keine Mehrheit mehr gibt für eine harte Linie gegenüber der Schweiz. Zu gross wären die Kosten eines erneuten Scheiterns der anstehenden bilateralen Verhandlungen zwischen der Kommission und dem Bundesrat auch für die EU.



Reinhard Bütikofer.
FOTO: KEY

Da die Schweiz der «viertgrösste Handelspartner der EU» sei, gab der schwedische IT-Unternehmer und neoliberale EU-Abgeordnete Jörgen Warborn der EU-Kommission den folgenden Rat: Sucht «eine pragmatische Lösung für die derzeitigen Probleme, die uns daran hindern, engere Handelsbeziehungen einzugehen». Warborns Parlamentsrede zum EU-Schweiz-Bericht ist bemerkenswert. Sie zeigt, dass auch der «freihandelsfreundlichste» aller EU-Abgeordneten (gemäss Ranking der EU-Zeitung «Politico.eu») von der Kommission mehr Kompromissbereitschaft gegenüber der Schweiz erwartet.

Auch die Rede von Alessandro Panza, italienischem Lega-Abgeordneten und Fraktionssprecher der europäischen Rechtsradikalen, lässt aufhorchen: Er fordert «einen konstruktiven und konkreten Dialog mit der Schweizer Regierung», um «Arbeiter, Unternehmen und Bürger auf beiden Seiten zu schützen». Dies erstaunt, da sich rechtsradikale Politiker sonst kaum für Rechte migrantischer Arbeiterinnen und Arbeiter einsetzen.

GEMEINSAME ZIELE

Das grössere Verständnis des EU-Parlaments gegenüber der Schweiz hat auch mit der Einsicht

zu tun, dass europäische Demokratien besser zusammenhalten müssen. Besonders angesichts des globalen Klimawandels, transnationaler Pandemien sowie des Angriffskriegs Russlands in der Ukraine. Laut dem Mandl-Bericht sollten schweizerische und EU-Bürgerinnen und -Bürger nicht nur im Kampf gegen Sozialdumping, sondern auch in anderen Bereichen besser zusammenarbeiten (Katastrophenschutz, Kampf gegen Geldwäscherei usw.).

Darüber hinaus forderten alle Fraktionen des EU-Parlaments die Kommission dazu auf, sämtliche EU-Forschungs- und Austauschprogramme wieder für alle Studierenden und Forschenden aus der Schweiz zu öffnen, da der Ausschluss schweizerischer Fachschulen und Universitäten der EU selbst mehr schade als nütze.

Ob der Mandl-Bericht des EU-Parlaments die Gespräche der EU-Kommission mit dem schweizerischen Bundesrat voranbringen wird, wird sich zeigen. Laut Maroš Šefčovič, dem Vizepräsidenten der Kommission und EU-Verhandlungsführer, sind immer noch wichtige Fragen offen: etwa die Frage eines «gerechten und dauerhaften» Beitrags zur «Kohäsionspolitik der Union» oder die Rolle des

Ob es zu einer Lösung kommt, wird auch von der Schweizer Wirtschaft abhängen.

Gerichtshofs der EU im Streitschlichtungsverfahren zwischen der Schweiz und der EU. Laut Šefčovič sei das schwierigste Element der Diskussion weiterhin die Personenfreizügigkeit. Dennoch sei es auch ihm «klar, dass der Erfolg unserer Arbeit (...) von unserer Fähigkeit abhängen wird, diesen sehr wichtigen Bereich zu behandeln und für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden.»

VERPASSTE CHANCEN

Ob es zu einer solchen Lösung kommt, wird auch von der schweizerischen Wirtschaft abhängen. Werden Arbeitgeberverband und Economiesuisse und ihre Verbündeten im schweizerischen Parlament bereit sein, EU- und Schweizer Bürgerinnen und Bürger auch im Bereich der Sozialhilfe gleich zu behandeln, wie dies die Unia seit langem fordert? Werden auch bürgerliche Politikerinnen und Politiker in der Schweiz im Ausgleich für allfällig kürzere Anmeldefristen für entsandte Beschäftigte aus der EU die Rechte aller Beschäftigten in der Schweiz stär-

ken, «insbesondere hinsichtlich gewerkschaftsfeindlicher Entlassungen und Tarifverhandlungen», wie dies der Mandl-Bericht fordert?

Gleichzeitig hängt auch sehr viel von der Kompromissbereitschaft der EU-Kommission ab. Laut Nico Lutz, Geschäftsleitungsmitglied der Unia, sieht es hier zurzeit «nicht so gut aus». Statt «pragmatische Lösungen» zu suchen, verlange die EU-Verhandlungsdelegation eine massive Verschlechterung der Spesenregelung für Beschäftigte aus der EU. Laut ihr sollen in die Schweiz entsandte EU-Beschäftigte ihre Spesen künftig nicht mehr nach schweizerischen Regeln erstattet bekommen, sondern nur noch gemäss den Spesensätzen

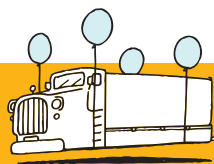


Nico Lutz.
FOTO: LUCAS DUBUIS

ihres Herkunftslandes, um EU-Firmen auf dem Buckel ihrer Beschäftigten gegenüber schweizerischen Firmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Dies sei ein absoluter No-Go-Vorschlag für die europäischen Gewerkschaften und alle schweizerischen Sozialpartner. Zudem stünden nach wie vor auch substantielle Forderungen zum Abbau der flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz im Raum, die weit über eine Vereinfachung bürokratischer Verfahren hinausreichten.

Zum Glück wandte sich deshalb die slowakische EU-Abgeordnete, Katarína Roth Nevedalová, am Schluss der EU-Parlamentsdebatte direkt an Vize-Kommissionspräsident Maroš Šefčovič, mit dem sie als SP-Genossin und Ex-Diplomatin zusammengearbeitet hat:

«Die EU ist ständig auf der Suche nach gleichgesinnten Partnern, denen zum Beispiel die Achtung der Arbeitnehmerrechte, der Verbraucher- und Umweltschutz oder auch die Fairness auf dem Arbeitsmarkt am Herzen liegt. Die EU hat mit der Schweiz viele Gemeinsamkeiten in den Bereichen Wirtschaft, Soziales oder auch Kultur. Bei der Schweiz können wir sicher sein, dass diese Bedingungen eingehalten werden (...). Derzeit halte ich die Beziehungen der EU zur Schweiz für unausgewogen. Wir brauchen uns gegenseitig mehr denn je. Und vielleicht ist es höchste Zeit, dass wir unsere Beziehungen zu diesem Land verstärken. (...) Zum Beispiel (...) bei der Bekämpfung der Geldwäsche oder des Sozialdumpings. Wir haben in der Vergangenheit bereits mehrere solcher Chancen (...) verpasst, unterschätzt oder gar verspielt. Und das sollten wir nicht wiederholen.»



Elektrifizierung der Schweiz: Mehr Elektrikerinnen und Elektriker braucht das Land!

Die Schweiz benötigt viel mehr Elektrikerinnen und Elektriker. Schlicht und einfach, weil sie elektrifiziert wird. Und all diese Fachkräfte gibt's nur mit höheren Löhnen und der Viertagewoche.

Wir brauchen in der Schweiz mittelfristig den Zubau von 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom. Neue Atomkraftwerke haben, wenn wir den Umfragen glauben wollen, dank den Frauen keine Chance. Hoffen wir, dass es so bleibt. Auch günstige Strom- oder Wasserstoffimporte aus Nordafrika werden es schwer haben, weil Frau und Herr Schweizer Angst haben vor Krisenherden. Wir werden absehbar nicht darum herumkommen, grosse solare Freiflächenanlagen in der Schweiz zu erstellen. Vielleicht werden wir im Mittelland im Sommer Wasserstoff produzieren, aus dem wir im Winter dank immer effizienteren Brennstoffzellen viel Strom und etwas Wärme produzieren. Oder wir bauen alpine Solaranlagen, die im Winter gleich viel Strom produzieren wie im Sommer. Dies dank Batterien Tag und Nacht. Und erst noch bedarfsgerecht. Es wird einen Wettbewerb der Ideen, der Konzepte und der Preise geben.

Nur eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Es wird viel mehr Elektrikerinnen und Elektriker brauchen. Und die Jungen werden nur einsteigen, wenn erstens die Löhne steigen und zweitens Viertagewochen erlauben, Beruf und Familie besser zu kombinieren. Die wahren Wirtschaftsförderinnen in diesem Prozess sind die Gewerkschaften. Sie dürfen ihre solaren Lichter nicht unter die Scheffel stellen.

ELEKTROSCHOCK 1: Mercedes bringt jetzt einen elektrischen 42-Tonnen-Laster, der eine Reichweite von 500 Kilometern aufweist. Und den man bald einmal innert 30 Minuten von 20 auf 80 Prozent nachladen kann. Die Rahmenbedingungen in der Schweiz sind (noch) ideal: Elektrolastwagen bezahlen – im Gegensatz zu Diesel-Brummern – keine LSVA, keine Schwerverkehrsabgabe. Diese macht heute für Diesel-Lastwagen der neuesten Generation einen Franken pro Kilometer aus. Das muss sinnvollerweise so lange so bleiben, bis mindestens 70 Prozent der Lasten in der Schweiz durch Elektro-Brummis bewegt werden. Es wird so oder anders blitzschnell gehen. Lastwagenmechaniker müssen zu Elektromechanikern umgeschult werden. Und Lastwagenmechanikerinnen



WETTEN, DASS: Elektrolastwagen wie dieser von Mercedes werden innert dreier Jahre die Schweiz überrollen. Schon deshalb benötigen wir mehr Stromeinrichtungen und Stromer. FOTO: ZVG

ebenfalls. Das ist über alles gesehen eine grosse Chance.

ELEKTROSCHOCK 2: In den USA werden 80 Prozent aller Bauten mit Klimaanlage gekühlt. Diese Entwicklung wird sich auch in der wärmer werdenden Schweiz durchsetzen. Moderne Wärmepumpen können sowohl heizen wie kühlen. Sie werden laufend effizienter und billiger. Effizienter bedeutet: Man muss

nicht den bestehenden Gebäudepark aufwendig sanieren, um mit Wärmepumpen auch im Winter den Grossteil der Energie für Heizen und Warmwasser zu produzieren. Wärmepumpen werden wir bald einmal wie Kühlschränke und Tumbler ab Stange kaufen können. Die grösste Hürde war, ist und bleibt der Einbau der Wärmepumpen. Und hier braucht es neben toughen Fachkräften aus der Sanitär-

branche nicht minder toughen Elektrikerinnen und Elektriker. Selbst die NZZ stellt mit Verwunderung fest, dass trotz Mangel die realen Löhne der Fachkräfte in der Schweiz nicht steigen, sondern sinken. Auch in der Elektrobranche. Erst recht, wenn der Teuerungsindex die Explosion der Krankenkassenprämien korrekt spiegeln würde. Was heute leider nicht der Fall ist: er spiegelt sie fünf Mal zu tief.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/elektro-truck
Alle, die Freude am technischen Fortschritt haben, sollten sich dieses Video anschauen. Die Quelle ist weder rot noch grün eingefärbt, sondern die deutsche Zeitschrift «Auto, Motor und Sport».

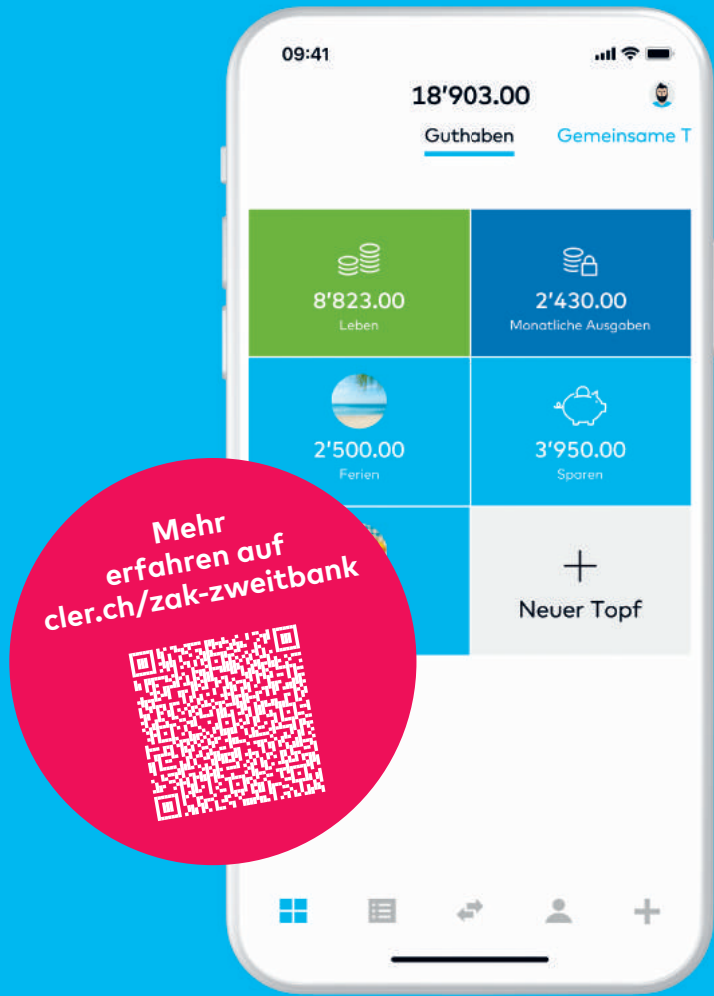
● rebrand.ly/davos-solaranlage
Die SP stellt den Landammann von Davos. Davos will im bestehenden Skigebiet eine Solaranlage erstellen, die 3000 Haushalte versorgen kann. Die Bevölkerung wird noch dieses Jahr darüber abstimmen. Davos – diese seltsame Stadt in den Alpen – will bis 2030 klimaneutral sein. Hut ab!

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: workzeitung.ch

INSERAT

Mehr Banking fürs Geld. Mit Zak als Zweitbank.

Mit Zak bekommst du nicht nur eine gratis Banking-App, ein gratis Konto und eine gratis Karte. Du profitierst auch von attraktiven Zinsen auf die Säule 3a und hast dank der praktischen Spartöpfe immer deine Sparziele im Blick. Übrigens: Mitglieder der Unia profitieren zudem von 25 CHF Startguthaben mit dem Code UNIAZK. Egal, ob Zak Erst-, Zweit- oder Siebtbank wird.



Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Nobelpreis ehrt Pionierin der Frauenlohn-Forschung

Das schmutzige Geheimnis, über das niemand spricht

US-Ökonomin Claudia Goldin zeigt: Sobald Kinder da sind, werden die Frauen in Sachen Erwerbstätigkeit um über hundert Jahre zurückkatapultiert.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Sie widerlegt mit Zahlen und Fakten, was sich hartnäckig als Behauptung hält, und belegt: Mehr Wirtschaftswachstum führt nicht automatisch zu mehr Gerechtigkeit. Die US-Ökonomin Claudia Goldin (77) konnte

Goldin selbst ist eine echte Pionierin.

dies in ihrer bahnbrechenden Forschung in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und von Lohnunterschieden aufzeigen. Für ihr Lebenswerk über Lohnarbeit der Frauen und Lohnungleichheit hat Claudia Goldin jetzt den Nobelpreis für Ökonomie erhalten. Sie ist selbst eine Pionierin: Als erste Frau hat sie eine ordentliche Professur in Ökonomie an der Elite-Uni Harvard inne. Und erst als dritte Frau hat sie jetzt den Nobelpreis für Ökonomie erhalten, als erste Frau ganz für sich ganz alleine.

Goldin, die von der Uni Zürich den Ehrendoktor erhalten hat, sammelte in akribischer Feinarbeit Daten aus über 200 Jahren. Diese zeigen, dass der Anteil von arbeitenden Frauen in den USA in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mindestens ebenso hoch war wie heute, obwohl das Wirtschaftswachstum viel tiefer lag. In den Registern oft hinter der Bezeichnung «Ehefrau» versteckt, fand Goldin heraus, dass Frauen in den landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften mehr leisteten als reine häusliche Arbeit. So trugen sie etwa in der Textilproduktion



CLAUDIA GOLDIN: Die Ökonomin zeigt auf, dass die Berufsmöglichkeiten der Frauen durch die ihnen zugeschriebene Verantwortung für die Familie eingeschränkt sind.

FOTO: GETTY IMAGES

oder bei der Milchverarbeitung zum Haushaltseinkommen bei. Mit dem Beginn der industriellen Revolution ging die bezahlte Arbeit der Frauen zurück. Die kinderlosen Frauen arbeiteten in den Fabriken, die Mütter kümmerten sich um die Kinder. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren noch ungefähr 5 Prozent der verheirateten Frauen erwerbstätig.

FORTSCHRITTSPIELE

Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Erwerbstätigkeit der Frauen auf

fast 50 Prozent in den 1970er Jahren, wo sie bis heute weltweit stagniert (die Erwerbstätigkeit der Männer beträgt 80 Prozent). Dieser Anstieg ist auch auf die Einführung der Antibabypille in den 1960er Jahren zurückzuführen. Sie ermöglichte es den Frauen, das Kinderkriegen eigenständig zu planen und sich länger auszubilden. Goldin konnte auch nachweisen, dass sich die gesellschaftlich erwarteten Rollen der Mütter stark auf die Berufswahl und spätere Erwerbstätigkeit

ten der Frauen über Generationen hinweg auswirkten. Die Ausbildungsverläufe der Frauen änderten sich erst ab den 1970er Jahren. Heute sind in den Industrieländern die Frauen generell sogar besser ausgebildet als die Männer. Seit den 1970er Jahren sind denn auch die Lohnunterschiede kleiner geworden, aber noch längst nicht verschwunden.

BABY-KNICK

Am geringsten waren die Lohnunterschiede zwischen Männern und (unverheirateten) Frauen während der industriellen Revolution, weil alle gleich (schlecht) nach produzierter Stückzahl entlohnt wurden. Mit dem Aufkommen der Monatslöhne wurden die Frauen wieder schlechtergestellt, da die Firmen Arbeitnehmer mit langen, ununterbrochenen «Karrieren» bevorzugten.

Für Goldin ist klar, dass die Berufsmöglichkeiten der Frauen bis heute durch die Ehe und die ihnen zugeschriebene Verantwortung für die Familie eingeschränkt sind. In einem Interview mit der «Financial Times» nennt Goldin diesen Umstand das «schmutzige kleine Geheimnis, das wir alle kennen, über das wir aber nicht sprechen wollen». Denn noch immer sind es hauptsächlich die Frauen, die sich um den Nachwuchs kümmern und deshalb ihre Pensen reduzieren, weniger gut bezahlte Jobs annehmen müssen oder gleich ganz aus der Arbeitswelt aussteigen. Das zeigen auch aktuelle Zahlen aus der Schweiz: die Lohnkurve von kinderlosen Frauen und Männern entwickelt sich ungefähr gleich. Bei Paaren mit Kindern bildet sich aber ein markanter Knick zuungunsten der Frauen ab. Mütter verdienen im Vergleich zu Vätern auch zehn Jahre nach der Geburt noch durchschnittlich bis zu 68 Prozent weniger.

«Bravaspider»

Wählen gegen Gewalt

Die Organisation Brava (ehemals Terre des Femmes) hat das Abstimmungsverhalten der Nationalratskandidatinnen und -kandidaten unter die Lupe genommen und dafür die «Bravaspider» entwickelt. Die Grafik zeigt schwarz auf weiss, wie einzelne Politikerinnen und Politiker zu Themen wie sexualisierter Gewalt, Gewaltprävention sowie Flucht und Asyl stehen. Auch die sechs grössten Schweizer Parteien wurden unter die Lupe genommen. Während die SP und die Grünen sämtliche Gewaltthemen von Brava mit grosser Priorität in ihren politischen Tätigkeiten behandeln, schneidet die SVP miserabel ab. Für Opferschutz und Gewaltprävention hat die rechte Partei gar nichts übrig. Dabei ist Fortschritt in der Gewaltprävention auch von bürgerlichen Politikerinnen im Parlament abhängig.

Bravaspider zu sämtlichen Politikerinnen und Politikern aus allen Kantonen und Parteien sind unter folgendem Link zu finden: brava-ngo.ch/de/bravaspider.

Aktionstag in Bern

Arbeitszeiten verkürzen



Strike for Future

Bern organisiert am 27. Oktober einen Aktionstag für eine Arbeitszeitverkürzung. Dafür lädt der Verein zum Feierabendgetränk in den Monbijoupark ein. Den ganzen Tag durch steht ein Infostand am Berner Bahnhof, und ab 19 Uhr wird das Treffen im «Chinderchübu» weitergeführt. Die Veranstaltung steht unter dem Motto «Arbeitszeitverkürzung», denn die langen Arbeitstage in der Schweiz sind weder gesund für die Arbeiterinnen und Arbeiter noch gut für das Klima. Wären die Arbeitstage kürzer, würden täglich auch weniger Rohstoffe verbraucht. Die weiteren Vorteile sind: weniger Stress, mehr Zeit für Familie, mehr Erholung und dadurch auch eine bessere Gesundheit.

Aktionstag für eine kürzere Arbeitszeit, am 27. Oktober ab 17 Uhr im Monbijoupark Bern. Mehr Infos dazu sind auf dem Instagram-Kanal [@st4bern](https://www.instagram.com/st4bern) zu finden.

Doku-Film

Frau sein in Ägypten

«Ich war eine Sklavin der Gesellschaft.» So beschreibt Nawal El Saadawi, Schriftstellerin und Ärztin, ihre Kindheit als Mädchen in Ägypten. Im neuen Dokumentarspielfilm «Big little women» berichtet die mittlerweile verstorbene Feministin über ihr aussergewöhnliches Leben. Geboren in Ägypten, erlebte sie brutale Unterdrückung. Sie kämpfte viele Jahre für die Rechte von Frauen. Doch der Film zeigt: Heute noch ist Unabhängigkeit von Vater oder Ehemann für die Frauen in Ägypten praktisch unmöglich. Sexuell werden sie ebenfalls weiterhin unterdrückt. Über 80 Prozent der ägyptischen Frauen werden im Kindesalter beschnitten. Der Regisseurin Nadia Fares gelingt es, die Realität der Frauen in Ägypten festzuhalten. Denn auch die Filmemacherin selbst zeigt intime Einblicke in ihr Leben – sie hat nämlich nicht nur Berner Wurzeln, sondern auch ägyptische.

Dokumentarspielfilm **Big little women** ab dem 19. Oktober in den Schweizer Kinos.

work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart



MINDESTLOHN IM KANTON GENÈVE: ES GIBT MEHR LOHN, ABER NICHT MEHR ARBEITSLOSIGKEIT

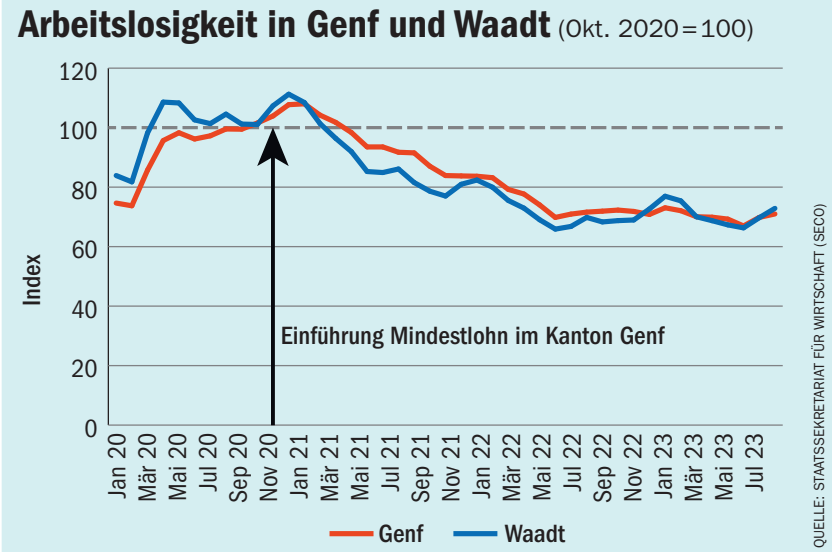
Er sei der «höchste Mindestlohn der Welt», hiess es, als in Genf über den Minimallohn von 23 Franken pro Stunde abgestimmt wurde. Er würde viele Arbeitsplätze kosten. Richtig ist: In Franken ausgedrückt, gehört der Genfer Mindestlohn tatsächlich zu den höchsten auf der Welt. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn in Genf ist das Leben teuer. Wenn man den Mindestlohn mit den Lebenshaltungskosten vergleicht, schaut es deshalb anders aus. Hier liegt der Genfer Mindestlohn ungefähr im Bereich der Mindestlöhne im Ausland oder in anderen Schweizer Kantonen.

PARALLEL. Der Mindestlohn gilt seit November 2020. Nach dieser Zeit kann man sagen, ob er nun zu mehr Arbeitslosigkeit geführt hat oder nicht. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Die Angstszensarien der Gegnerinnen und Gegner waren falsch. Die Arbeitslosigkeit in Genf entwickelte sich weitgehend im Gleichschritt mit dem Nachbarkanton

Waadt, der keinen Mindestlohn hat. In der Coronazeit ging die Arbeitslosigkeit etwas hoch. Danach bildete sie sich in Genf und Waadt weitgehend parallel zurück. Dasselbe war bereits im Kanton Neuenburg zu beobachten, wo im Jahr 2017 ein kantonaler Mindestlohn eingeführt wurde.

GEGENGESICHT. Wer die Arbeitsmarktforschung zu den Mindestlöhnen kennt, wird nicht überrascht sein. Seit einer aufsehenerregenden Studie zu den Mindestlöhnen in den US-Bundesstaaten New Jersey und Pennsylvania im Jahr 1994 ist klar, dass Mindestlöhne nicht zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen müssen. Wieso das?

Die Forschung zeigt, dass die Arbeitgeber eine gewisse Marktmacht haben. Ein Mindestlohn führt hier ein Gegengewicht zugunsten der Arbeitnehmer ein. Ein Mindestlohn bedeutet deshalb vereinfacht gesagt, dass die Arbeitnehmerinnen mehr Lohn haben, die Arbeitgeber hingegen et-



was weniger Gewinn. Dazu kommen weitere Effekte. Einige Arbeitnehmer werden etwas weniger arbeiten, wenn sie mehr verdienen. Also beispielsweise abends nach einem strengen Arbeitstag nicht mehr Büros putzen müssen. Das gibt Jobs für andere.

Mindestlöhne sind mittlerweile ziemlich verbreitet. Es gibt entsprechende Erfahrung. Und die fällt in der Regel positiv aus.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Lohnabrechnung: Kann ich diese beim Arbeitgeber einfordern?

Mein Bruder hat Anfang Jahr einen unbefristeten Arbeitsvertrag abgeschlossen, hat aber bis heute keine schriftliche Lohnabrechnung erhalten. Jetzt ist er auf der Suche nach einer Wohnung, und der Vermieter verlangt die drei letzten Lohnabrechnungen. Was kann mein Bruder tun?

GILLES SCIBOZ: Gemäss dem Obligationenrecht ist die Arbeitgeberin gegenüber dem Arbeitnehmer verpflichtet, eine schriftliche Lohnabrechnung auszuhandigen. Diese muss den Brutto- und Nettolohn sowie Zuschläge wie Familienzulagen, Gratifikationen, Überstunden oder allfällige Entschädigungen für Arbeit auf Abruf enthalten.



PFLICHT: Der Arbeitgeber muss eine schriftliche Lohnabrechnung abgeben – sofern alles gleich bleibt, allerdings nur im ersten Monat. FOTO: FREEPIK

Wenn sich einer der Beträge ändert, muss erneut eine schriftliche Lohnabrechnung ausgehändigt werden. Wenn die Beträge das ganze Jahr über gleich bleiben, ist die erste Lohnabrechnung ausreichend. Ihr Bruder sollte sich an seine Arbeitgeberin wenden und die nötigen Lohnabrechnungen verlangen. Wenn die Arbeitgeberin dies verweigert, kann Ihr Bruder beim zuständigen Arbeitsgericht ein Schlichtungsgesuch einleiten.

Kündigung in der Probezeit: Habe ich Anrecht auf die obligatorische Vorsorge?

Meiner Mutter wurde während der Probezeit gekündigt. Sie verfügte aber über einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Der Arbeitgeber sagt, dass er meine Mutter keiner Vorsorgeeinrichtung melden müsse, weil die Anstellung weniger als drei Monate gedauert habe. Stimmt das?

GILLES SCIBOZ: Nein. Bei einem unbefristeten Arbeitsvertrag beginnt die obligatorische berufliche Vorsorgeversicherung mit dem Beginn des Arbeitsverhältnisses. Die Anstellungsdauer spielt in diesem Fall keine Rolle. Wenn das Arbeitsverhältnis lediglich für eine Dauer von bis zu drei Monaten abgeschlossen wird, besteht keine Versicherungspflicht. Folgt hingegen ein weiterer befristeter Vertrag und beträgt die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses dann mehr als drei Monate, muss eine Vorsorgeversicherung abgeschlossen werden. Aufgrund des unbefristeten Vertrages hat Ihre Mutter Anspruch auf ein Vorsorgeguthaben (Freizügigkeitsleistung), das aufgrund der Anstellungsdauer berechnet wird. Wenn der Arbeitgeber dies nicht anerkennt, kann Ihre Mutter direkt mit der Vorsorgeeinrichtung Kontakt aufnehmen. Die Vorsorgeeinrichtung muss dann das Vorsorgeguthaben in Bezug auf die Anstellungsdauer berechnen. Die Hälfte der Beiträge muss von Ihrer Mutter und die andere Hälfte vom Arbeitgeber bezahlt werden.

Sport ist auch im Alter gesund, wenn man es richtig angeht. Worauf man

Mit diesen Tipps kommen Sie

Sport ist gesund, da gibt es keine Zweifel. Doch kann man auch im Alter noch damit anfangen, oder ist der Zug dann abgefahren? Tipps für angehende sportliche Seniorinnen und Senioren.

MARIA KÜNZLI

Marina Martelli war nie besonders sportlich. Sie habe auch nie dafür Zeit gehabt, erzählt die vierfache Mutter und ehemalige Sekretärin. Die Kinder sind mittlerweile erwachsen, und Marina Martelli geniesst die ersten Monate ihrer verdienten Pension. Nun hat sie Zeit und würde sich gerne etwas mehr bewegen. Doch welche Sportart soll sie wählen, und ist es überhaupt ratsam, mit über 60 Jahren noch anzufangen, wenn man ein Leben lang nach der Devise «Sport ist Mord» gelebt hat?

Das Wichtigste zuerst: Mit Sport kann man immer beginnen. Marina Martelli wird wohl keine Primaballerina mehr, aber sportlich kann sie ohne Probleme noch werden. Ab dem 40. Lebensjahr nimmt die Leistungsfähigkeit der Muskelmasse zwar ab, die Kraft verringert sich um ungefähr 10 Prozent pro Lebensdekade, ab dem 60. Lebensjahr geht es gar noch schneller. Mit Sport kann man den Kraftverlust verlangsamen und so auch Unfällen wie zum Beispiel Stürzen im Alter vorbeugen. Sechs Tipps für alle Seniorinnen und Senioren mit aufkeimenden Ambitionen:

1 Beginnen Sie langsam
Die meisten Bewegungsexpertinnen und Bewegungsexperten sind sich einig: Mindestens zwei- bis dreimal pro Woche Sport zu treiben und dabei auf eine ausgewogene Mischung aus Kraft- und Ausdauertraining zu setzen ist optimal. Doch klar ist auch: Jede Bewegung ist gut. Bei Personen, die sich bisher kaum bewegt haben, zählt jeder Schritt. Sie sollten ihren Körper langsam an den Sport gewöhnen, sonst ist das Verletzungsrisiko hoch. Lieber erst mal täglich 15 Minuten spa-



WORKTIPP

PAUSEN SIND WICHTIG!

Wer jung ist, regeneriert schneller. So können sportliche junge Menschen fast täglich intensiv trainieren, ohne ihrem Körper zu schaden. Doch das ändert sich, wenn wir älter werden. Etwa ab dem 50. Altersjahr erholt sich der Körper von Anstrengung deutlich langsamer und benötigt längere Pausen. Zwischen sportlichen Aktivitäten sollte also immer ein ganzer Tag Pause liegen. Da bei der Regeneration jeder Körper anders reagiert, empfiehlt sich gerade für ältere Menschen ein medizinischer Check vor dem Start in ein sportliches Leben.

zieren als gleich eine fünfstündige Bergwanderung planen. Es ergibt Sinn, sich einem ärztlichen Check zu unterziehen und gemeinsam mit einer Ärztin oder einem Arzt die richtige Sportart und Intensität auszuwählen. Denn laut der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) verletzen sich pro Jahr rund 29'000 Personen ab 65 beim Sport, die häufigsten beim Bergsport und beim Wandern.

2 Motivieren Sie sich mit harten Fakten
Studien haben es belegt: Sportliche Menschen altern gesünder. Mit regelmässiger Bewegung können Sie das Risiko für typische Alterserscheinungen wie Blut-

hochdruck, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Krankheiten massiv senken. Sportliche Menschen haben einen besseren Gleichgewichtssinn und verfügen über eine kräftigere Muskulatur. Beides hilft, Sturzunfälle zu verhindern. Ebenfalls wissenschaftlich bewiesen ist, dass körperliche Aktivität einen positiven Effekt auf die Psyche hat.

4 Wählen Sie etwas, was Spass macht
Nur weil Sie keine zwanzig mehr sind, müssen Sie nicht ins Altersturnen. Überlegen Sie, was Ihnen Spass machen könnte. Denn ohne Spass werden Sie schnell wieder mit dem Sport aufhören. Fussball ist zum Beispiel eine super Sportart für jedes Alter. Da trainiert man Ausdauer, Kraft und Beweglichkeit. Natürlich ist hier das Verletzungsrisiko grösser als im Altersturnen, aber das lässt sich minimieren, indem man Regeln festlegt für ein möglichst kontaktloses Spiel. Studien zeigen, dass ein 60-jähriger, der ein Leben lang Fussball gespielt hat, in Sachen Herz-

3 Integrieren Sie die Bewegung in den Alltag
Sie gehen mit dem Auto einkaufen, obwohl Sie die Strecke auch zu Fuss gehen könnten? Sie nehmen den Lift, obwohl Sie nur in den zweiten Stock wollen? Gehen Sie im Alltag möglichst viele Strecken zu Fuss. Bevor Sie sich mit Freunden zu Kaffee und Kuchen treffen, machen Sie gemeinsam ein

HOCH DIE ARME: Sport soll Ihnen Spass machen, aber scheuen Sie sich auch nicht vor

achten muss, hat work für Sie zusammengestellt.

in Bewegung

SPORTANGEBOTE

DAS PASSENDE FINDEN

In der Schweiz gibt es ein umfangreiches und zum Teil kostenloses Sportangebot für Seniorinnen und Senioren. Informieren Sie sich bei Ihrer Wohngemeinde über Angebote in der Nähe! Einige Fitnessstudios bieten spezielle Kurse für ältere Menschen an. Manche Krankenkassen übernehmen die Kosten in den Zusatzleistungen. Fragen Sie bei Ihrer Versicherungsberaterin oder Ihrem Versicherungsberater nach.

EINSTIEG MIT BEGLEITUNG.

Wünschen Sie sich gerade am Anfang Unterstützung, können ein paar Trainingseinheiten mit einer Personaltrainerin oder einem Personaltrainer sinnvoll sein – manche Personaltrainer haben sich auf Seniorinnen und Senioren spezialisiert. Einzelstunden sind allerdings sehr teuer. Kostenlose Tipps und Bewegungsempfehlungen für ältere Erwachsene gibt neben Pro Senectute (siehe Haupttext) auch das Netzwerk Gesundheit und Bewegung Schweiz. Ebenfalls eine Möglichkeit: Die meisten Seniorenuniversitäten bieten für ihre Mitglieder Sport- und Kursangebote an, zum Beispiel jene in Basel, Zürich und Bern. (mk)

Zum Netzwerk Gesundheit und Bewegung: hepa.ch

Kreislauf-System. Gleichgewicht und Muskelkraft genauso fit ist wie ein 30-jähriger Untrainierter.

5 Suchen Sie sich Gleichgesinnte

Manche Menschen bewegen sich lieber allein, andere brauchen eine Trainingspartnerin, um sich zu motivieren. Hören Sie sich in Ihrem Bekanntenkreis um, vielleicht gibt es jemanden, der ebenfalls gerne mit Sport beginnen würde! Oder möchten Sie lieber mit fremden Gleichaltrigen in einer Gruppe trainieren? Dann schauen Sie auf der Website von Pro Senectute vorbei. Die Organisation bietet schweizweit Sportkurse für ältere Menschen an – und auch Videos mit Sportübungen, falls Sie erst mal im Wohnzimmer begin-

Herausforderungen. FOTO: GETTY IMAGES

nen möchten (rebrand.ly/sport-im-alter). Hilfreich ist auch, wenn die Aktivität, für die Sie sich entscheiden, unkompliziert und in der Nähe ausübbar ist.

6 Setzen Sie sich die richtigen Ziele

Erwarten Sie keine Wunder von sich, erwarten Sie aber auch nicht nichts: Sport darf auch im Rentenalter anstrengend sein, sofern medizinisch nichts dagegenspricht. Scheuen Sie also nicht jede Herausforderung. Sind Sie etwas unsicher oder fürchten Sie sich vor Verletzungen, setzen Sie sich kleine Ziele und beginnen mit etwas Leichtem wie Spazieren oder Nordic Walking. Dann können Sie sich Schritt für Schritt steigern.

Wenn Sie im Job ungerecht behandelt werden, greifen wir ein: Die Vom Rechtsschutz bis zum Rabatt



EIN SCHUTZSCHIRM: Als Unia-Mitglied wird Ihnen unter anderem geholfen, wenn Sie in einen Konflikt mit Ihrem Chef geraten. FOTO: UNIA

Viele erreichen mehr als wenige: Deshalb unterstützt die Unia Arbeitnehmende im Kampf um bessere Bedingungen und soziale Gerechtigkeit. 6 gute Gründe, warum sich eine Mitgliedschaft lohnt.

MARIA KÜNZLI

Die Unia kämpft für Sie. Der allerwichtigste Grund: Die Unia setzt sich auf der Strasse, bei den Arbeitgebenden und in der Politik für die Rechte der Arbeitnehmenden ein. Sie kämpft hartnäckig und engagiert für faire Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen – und ist in GAV-Verhandlungen stets auf Ihrer Seite! Die Ergebnisse spüren Sie auch im eigenen Portemonnaie. Übrigens: Wenn in Ihrem Haushalt bereits ein

Unia-Mitglied wohnt, bezahlt jene Person mit dem tieferen Einkommen nur die Hälfte des regulären Mitgliederbeitrags.

Sie bekommen kostenlos Rechtsschutz. Haben Sie Probleme mit Ihrem Chef oder Ihrer Chefin? Wollen Sie eine Kündigung anfechten? Oder haben Sie ein arbeitsrechtliches Dokument erhalten, das Sie nicht verstehen? Als Unia-Mitglied profitieren Sie von kostenlosem Rechtsschutz in Ihrer Sprache! Unsere Beraterinnen und Berater helfen gerne weiter und unterstützen Sie auch in juristischen Belangen. Nehmen Sie bei Fragen und für Termine Kontakt mit der Unia in Ihrer Region auf: rebrand.ly/kontakt-unia. Für nur 10 Franken pro Monat können Sie als Unia-Mitglied bei Coop

Unia-Mitgliedschaft bringt eine Reihe von Vorteilen für die ganze Familie

eine zusätzliche Multi-Rechtsschutzversicherung abschliessen. Damit sind Sie und Ihre Familie auch bei Rechtsstreitigkeiten im Verkehrs- und Privatbereich geschützt.

Sie erhalten Unterstützung bei Weiterbildungen. Bei berufsorientierten Weiterbildungen bezahlt die Unia ihren Mitgliedern 50 Prozent der Kurskosten (maximal 750 Franken pro Jahr). Ausserdem haben Sie die Möglichkeit, bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, pro Jahr einen Kurs kostenlos zu besuchen. Movendo hat ein vielfältiges Weiterbildungsangebot in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, Kommunikation, Management und Informatik

(Infos unter www.movendo.ch). Die Unia bietet zudem Sprachkurse, spezifische berufliche Weiterbildungen und Standortbestimmungen an.

Sie fahren günstiger in die Ferien. Ferien können sich nicht alle leisten, deshalb profitieren Sie als Unia-Mitglied von vergünstigten Tarifen bei der Reka: Bei der Buchung einer Reka-Ferienwohnung im In- oder Ausland erhalten Sie 10 Prozent Rabatt, bei den Unia-Partnerhotels 10 bis 20 Prozent (weitere Infos: rebrand.ly/reka-ferienwohnungen).

Sie profitieren von Spezialangeboten für Versicherungen. Als Unia-Mitglied ist der erste Jahresbeitrag beim VCS (Verkehrsclub der Schweiz) beim Abschluss

einer Pannerversicherung für Auto und E-Bike gratis. Alle, die unter 25 Jahre alt sind, erhalten 100 Franken Rabatt auf den WAB-Kurs (obligatorische Zweiphasen-Ausbildung für Neulenkenden und -lenker). Weitere Vergünstigungen gibt es zudem bei der Bank Cler und der Versicherung Smile (Infos hier: rebrand.ly/vergünstigungen).

Sie bleiben gut informiert: mit der Zeitung work. Als Unia-Mitglied in der Deutschschweiz flattert die Zeitung work regelmässig in Ihren Briefkasten. Darin erfahren Sie Aktuelles und Lesenswertes rund um die Arbeitswelt. Die Redaktion stellt dabei die Arbeitnehmenden ins Zentrum und berichtet aus dem Alltag der Arbeiterinnen und Arbeiter.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ALTES MIT NEUEM VERBINDEN: Es gibt Möglichkeiten, wie Sie Ihre geliebte Stereoanlage fit fürs Internet machen können. FOTO: ADOBE STOCK

So machen Sie Ihre alte Stereoanlage modern

Klassische Stereoanlagen sind meist nicht in der Lage, Internetradiosender oder Musik von Streamingportalen wie Spotify zu empfangen. Das lässt sich ändern. Eine Möglichkeit ist es, das Handy mit Kabel an die Anlage anzuschliessen. Oder Sie kaufen einen Bluetooth-Adapter, den Sie an die Anlage anstecken können, um damit Musik von Ihrem Smartphone abzuspielen. Solche Adapter kosten zwischen 20 und 60 Franken.

Die beste Tonqualität erhalten Sie aber mit einem sogenannten Netzwerkplayer oder Netzwerkstreamer – denn so kommt die Musik nicht vom Handy, sondern landet direkt vom Internet auf diesem Gerät. Es gibt sie in verschiedenen Formen. Praktisch sind Modelle mit einer Breite von 43 Zentimetern. Sie passen gut zu den anderen Komponenten der Anlage wie Receiver oder CD-Player. Viele Hersteller von Stereoanlagen bieten auch Netzwerkplayer an. Manche sind mit einem CD-Player oder einem Stereoreceiver kombiniert.

WICHTIGE TIPPS. Einfache Netzwerkplayer gibt es ab rund 200 Franken. Geräte mit Zusatzfunktionen kosten zwischen 500 und 1000 Franken. Achten Sie beim Kauf auf diese Punkte:

- Läuft Ihr Lieblings-Streamingdienst auf dem Player?
- Kann das Gerät per Kabel ans Internet angeschlossen werden? Dies funktioniert zuverlässiger als über WLAN.
- Hat der Player ein Display, das den Namen des abgespielten Songs und zusätzliche Informationen anzeigt?
- Hat er eine Bluetooth-Funktion? Das ist praktisch, wenn Sie das Smartphone ab und zu mit dem Netzwerkplayer verbinden wollen.

MARC MAIR-NOACK

Herbstküche Kürbis: Frucht oder Gemüse?

Man kommt im Herbst nicht um ihn herum: den Kürbis. Doch ist er ein Gemüse oder eine Frucht? Es ist kompliziert.

Kürbis wird meist in salziger Variante gegessen, als Suppe, aber auch als Ofengericht. Ist Kürbis also ein Gemüse? Nein. Schliesslich kann man ihn genauso gut süss zubereiten, als Kürbiskuchen zum Beispiel. Dann ist Kürbis eine Frucht? Auch nein.

Als Obst werden Früchte bezeichnet, die aus Blüten mehrjähriger Pflanzen entstehen, roh gegessen werden können und auf Bäumen oder Sträuchern wachsen. Gemüse wachsen auf einjährigen Pflan-

zen, die am Boden gedeihen. Der Kürbis entsteht zwar aus einer bestäubten Blüte, gleichzeitig wächst er an einer einjährigen Pflanze am Boden. Die wissenschaftliche Definition lautet deshalb: Kürbis ist ein Fruchtgemüse, da er Eigenschaften sowohl von Früchten wie auch von Gemüse aufweist.

SÜSSES FRÜCHTCHEN. Zeit also, den Kürbis öfter als Frucht zu behandeln und süss zu essen. Wie wär's mit Kürbis-Cookies? Oder mit einer süsssen Kürbiscreme? Auch als Konfitüre schmeckt Kürbis sehr! (mk)

Süsse Rezepte mit Kürbis:
• rebrand.ly/kuerbis-cookies
• rebrand.ly/kuerbis-creme
• rebrand.ly/kuerbis-konfiture

workrätzel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



**K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.**

LÖSUNG, GEWINNERINNEN UND GEWINNER AUS NR. 16
Das Lösungswort lautete: TRANSPARENZ



DIE PREISE, drei Gutscheine von Coop für je 100 Franken, haben gewonnen: Ruth Krähenbühl, Winterthur; Kurt Mösching, Spiez BE; und Ruth Stettler, Leuzigen BE. Herzlichen Glückwunsch!

sofort, umgehend			Box-hieb (engl.)	US-Schau-spielerin (Goldie)	beschaf-fen, geformt			lymphat. Körper-organ	eh. CH-Bob-fahrer (Beat)	einge-schaltet	blau-blütig, aristo-kratisch		Flächen-mass		(jmdm. etwas) zufügen	Jugend-licher	Vorfahr, Stamm-vater	ugs.: Fern-sehen
Früh-stück-speise	➡			▼				den Pelz wech-seln	➡	▼	▼				Aktion, Hand-lung	➡	▼	▼
modern, populär	➡		Schul-material Mz.		chil. Politiker † 1973 Salvador)	➡							hierhin		Eidg. Hornus-server-band	➡		
Gegen ...arbeit!	➡			▼				Teil der Blume		ausser-ordent-lich			akust. Warn-geräte	➡				oberster Punkt am Him-mel
➡					Figur bei Disney † (Löwe)		Gastro-löhne ...	➡	▼	▼					clever		dt. Landes-haupt-stadt	▼
Hptst. v. Grie-chen-land		Stadt im Kanton Zürich			Ort der Handlg. im Film	➡						Reli-gions-stifter		südtürk. Ferien-ort	➡			
Aufma-chung, Dress (engl.)	➡			2			rundes Hefeteig-gebäck		elektr. geladene Teilchen		wählen statt ...!	➡				4		
➡				Nord-polar-gebiet		unsicher machen, ver-stören	➡		▼					philos. Lehr-satz		Keim-zelle	➡	
Spiel-karten	Hunde-rasse		Sohn Davids	➡							5	Laut-losigkeit		Zu-spruch im Leid	➡			1
schweiz. Eis-hockey-goalie	➡					schweiz. Bahnge-sell-schaft		Bruder von Romulus		Laster, Abhän-gigkeit	➡	▼				Fluss durch Basel		weibl. Nutztier
➡			Elends-viertel	▼		schon	➡					9	Schub-fach		kleinste einheim. Hirschart	➡		▼
Wappen-tier, Greif-vogel		Arbeits-plätze	➡							Sprech-pausen-überbrückung			Gehälter	➡				
Einzel-vortrag Mz.	➡				Doppel-vokal			Initialen e. CH-Tennis-spielers		Opfer-tisch	➡	▼			auf diese Weise, derart		US-Soldat (ugs.)	▼
Luft der Lunge		Jetzt rollt die Auto-streikwelle in den ...	➡			Löwen-gruppe	➡						Form-gestal-tung	➡				3
➡					kurz für: auf das	➡			polit. Vorherr-schaft	➡								

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail:
verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 27. Oktober 2023

INSERAT

Pflege krankgeschrieben:

Wir haben die rettende Medizin!



**Mach mit beim Aktionstag am
22. November!**

Melde dich jetzt an!



UNIA



WORKLESERFOTO

Der doppelte Arbeiter

WANN 2. Oktober 2023
WO Neuenburg
WAS Fensterreiniger am Hochhaus mit Glasfassade
Eingesandt von Jürg Scheidegger, Worb BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

20 **work**tag 29. September 2023

Juan González (50) versteht gut, wenn junge Menschen heute einen Bogen um die Branche machen

«Damals war es auf dem Bau viel familiärer»

WORK 16 / 29.9.2023:
«DAMALS WAR ES AUF DEM BAU VIEL FAMILIÄRER»

Authentisch

Ich habe mit grossem Interesse diesen Beitrag gelesen! Kompliment an Astrid Tomczak für den sehr ansprechenden Bericht. Auch Fotograf Stefan Bohrer verdient Anerkennung für die Illustration, besonders gefällt mir das Bild des Backsteins mit den aufgelegten Backsteinschroppen. Als ehemaliger Bauarbeiter kann ich die Meinung und die Infos von Juan González über das Arbeitsleben auf dem Bau vollumfänglich teilen, der Bericht über ihn und seine Arbeit auf dem Bau ist sehr authentisch. Wie Juan González im Bericht erwähnt, schwingt auch der Berufsstolz mit, der manchmal von aussen nicht bemerkt wird und dadurch auch keine Würdigung erhält.

Der Druck. Die Arbeitsbedingungen auf den Baustellen sind hart, durch Witterung manchmal auch gefährlich und nicht ganz zu vergleichen mit einer Arbeit im Büro. Auch Termin- und Kostendruck haben einen grossen Einfluss. Etwas Schönes braucht Zeit

ALFRED WINKLER, BURGDORF BE

WORK 16 / 29.9.2023:
«DAMALS WAR ES AUF DEM BAU VIEL FAMILIÄRER»

Genialer Vorschlag

Super Einstellung zum harten Job! Sein Vorschlag, die Politiker zu einem «Schnuppertag» auf den Bau einzuladen, ist genial. Aber wie umsetzen?

LUX BÜRGI-GERSTER, OBERWANGEN BEI BERN

WORK 16 / 29.9.2023:
«HEUTE WIRD JA ALLES NUR NOCH REINGEKLAGT, HAUPTSACHE FERTIG!»

Disponenten ohne Ahnung

Disponenten mit Business- und Marketingstudium und Monatslohngehältern im fünfstelligen Bereich sowie einer zusätzlich winkenden Leistungsprovision, die keine Ahnung von praktischen Arbeiten und der Terminplanung haben: das ist schon lange so und geht auf Kosten der produzierenden Arbeiter im unteren Lohnniveau, die dann auch noch für den produzierten Akkordpfusch verantwortlich gemacht werden.

RETO CORRADO, VIA FACEBOOK

WORK 16 / 29.9.2023:
TRUCKER IM HUNGERSTREIK

Sklaventreiber

Manchester-Kapitalismus: Dieser Chef verhält sich wie ein Sklaventreiber!

PETER MIKSCH, VIA FACEBOOK

Harte Strafen

Man sollte solche Firmen schliessen und hart bestrafen.

ANDREA PURIN, VIA FACEBOOK

Keiner handelt

Macht diese Firma zu, und gut ist! Aber eben: Die deutsche Justiz und Politik handelt genauso wenig wie unsere in der Schweiz.

ROLAND RÜTSCH, VIA FACEBOOK

WORK 16 / 29.9.2023:
GEWALTBETROFFENE FRAUEN HABEN DIE WAHL – ZWISCHEN PEST UND CHOLERA

Bin entsetzt!

Ich bin entsetzt, dass die Ämter und die Behörden die gewaltbetroffenen Frauen nicht schützen wollen. Sind wir für sie nur eine Sache?

FRANZISKA RUTH HULLIGER, VIA FACEBOOK

WORK 15 / 15.9.2023:
WAS PFLEGENDE WOLLEN – UND WORAN SIE LEIDEN

Löhne hoch

Und was ist die Antwort der Politik? Einfach die Löhne ein bisschen erhöhen – dann sind doch alle wieder zufrieden.

SARAH KELLER, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an [work.Redaktion.Leserbriefe](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch), Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



JETON IDRIZI
MAKLER JA, KOCH NEIN
Immobilienmakler – das wäre Jeton Idrizi, wenn er in seinem Traumberuf arbeiten könnte. So immer im Büro würde er aber auch nicht sein wollen. Das Unia-Mitglied mit dem grossen technischen Verständnis und dem handwerklichen Geschick würde es sich dann nicht nehmen lassen, an den Häusern selbst zu arbeiten, sagt er und schmunzelt.

FAMILIE. Im nord-mazedonischen Tetovo ist er geboren und verbrachte dort die ersten Jahre seines Lebens, kam als Bub in die Schweiz und ging in Laupen BE in die Schule. Als Jugendlicher brach er eine Lehre zum Maler ab. Während der kürzlichen Arbeitslosigkeit gehörte es auch zu den täglichen Pflichten des Familienmenschen, für seine Kinder am Mittag zu kochen. Wie er verschmitzt zugibt, war er vom Erfolg aber nicht überzeugt.



Industriearbeiter Jeton Idrizi (41) kann vieles, nur nicht untätig sein «Mit den Händen arbeiten finde ich immer gut!»

Arbeiter in der Metallindustrie ist der sechste Beruf, den Jeton Idrizi in seinem Leben ausübt. Nach einer abrupten Firmenschliessung freut er sich jetzt auf seine neue Stelle.

FLORIAN SIEBER | FOTOS ALEXANDER EGGER
Jeton Idrizi sitzt in einem Café in der Bieler Innenstadt. Hier jeweils am Morgen einen Kaffee zu trinken – das ist für ihn ein Fixpunkt im Alltag geworden. Obwohl er seit einem halben Jahr ohne Stelle ist, hält er ein striktes Programm ein: «Aufstehen tue ich immer noch um 6 Uhr 15. Ich will meinen Rhythmus nicht verlieren.» Als erstes weckt er jeweils seine Frau, die in der Spedition in der Uhrenindustrie arbeitet, macht Frühstück und bringt dann seine Kinder zur Schule. «Meinen Sohn in die Primarschule, die jüngere Tochter in die 7. Klasse und die Grosse ins Gymnasium», sagt Idrizi. Sichtbar stolz – seine Tochter ist die erste aus der Familie, die den Sprung ans Gymnasium geschafft hat.

Er stamme aus einer «Büezerfamilie», aus dem nordmazedonischen Tetovo. Schon in der Schulzeit, mit dreizehn, habe er angefangen zu arbeiten und half in den Ferien seinem Vater, einem Maler, auf Baustellen aus. Heute verfügt er über insgesamt 23 Jahre Berufserfahrung aus sechs verschiedenen Berufen. Er hat schon als Reinigungskraft gearbeitet, als Securitas, für einen Pneu-Service, für den Verkehrsdienst, als Hilfspipser und dann – fast 16 Jahre lang – in einem Betrieb der Metallindustrie. Er bediente Maschinen zum Guss von Metallrohren, arbeitete als Schweisser oder im Lager. Zu einem Lohn von 5800 Franken brutto.
Dazu kamen immer wieder kleine Jobs als Handwerker. Ob Wohnungen streichen, Laminat oder Platten legen: «Am Anfang ist es vielleicht schwierig, wenn man so eine neue Aufgabe hat. Aber mit etwas Übung geht das leicht von der Hand. Mit den Händen arbeiten finde ich sowieso immer gut!» Womit er sich dagegen nicht aufreunden konnte: die Untätig-

keit, als er arbeitslos wurde. Es sei ihm nach so vielen Jahren Bütz schwergefallen, plötzlich so viel daheim zu sein.
SCHATTENSEITEN. Wieso Idrizi seinen Job verloren hat, kann er sich nicht erklären. Der Betrieb habe ohne Not geschlossen, die Auftragsbücher seien noch voll gewesen. Das Unternehmen, das seinen alten Betrieb aufkaufte, wollte wohl vor allem einen Konkurrenten ausschalten. Klar ist nur: Die Belegschaft stand auf der Strasse. «Ich habe den Job dort echt gern gemacht», sagt Idrizi. Doch auch wenn es um die Schattenseiten der Stelle geht, hält er sich nicht zurück: «Es wurden einem immer wieder grosse Versprechen gemacht. Mir wurde beispielsweise einmal angeboten, dass ich das Schweisserzertifikat machen könnte. Als der Betrieb geschlossen hat, wie teuer das käme, war das aber plötzlich kein Thema mehr.»
Er, der selber keine Ausbildung abgeschlossen hat, übernahm im Betrieb viel Verantwortung und war für ein Team von vier bis fünf Leuten zuständig. Als der Betrieb geschlossen wurde, wurde Idrizi auf die Gewerkschaften aufmerksam. Zwei Sekretäre der Unia Biel kamen vorbei und hinterliessen Eindruck bei ihm. «Sie haben uns genau erklärt, was auf uns zukommt. Und sie haben vollen Einsatz gegeben! Zum Beispiel beim Aushandeln des Sozialplans für die 40 Personen, die ihre Stelle verloren haben.» Die Erfahrungen, die er mit der Unia gemacht hat, habe er so nicht erwartet. «Die ganzen Leistungen und der Einsatz der Gewerkschaften sind für uns sehr wichtig – neben der Beratung auch der Kampf für gute Löhne und Renten. Es

muss sich auch lohnen zu arbeiten!» Auch da hat Jeton Idrizi einen sehr persönlichen Bezug: Sein Vater bekommt pro Monat gerade einmal 1800 Franken Altersrente. «Und das für jemanden, der in den 70er Jahren angefangen hat zu arbeiten? Jemand, der jahrzehntelang immer chrapfen musste? Und am Schluss hat er nichts davon? Das ist nicht richtig!»
KOLLEGEN. Früher arbeitete Jeton Idrizi auch schon temporär. «Dort habe ich so zwischen 26 und 32 Franken pro Stunde verdient.» Je nach Stelle. «Damit war ich aber wohl zu teuer. Das hat zwar niemand direkt gesagt, aber ich vermute, dass das so war.» Immer seltener seien seine Angebote geworden. Die Unsicherheit hat dem Familienvater damals zugesetzt. Mit manchen Sachen hatte er aber auch Glück: «Meine Kollegen damals waren ganz tolle Menschen! Auch die Arbeit selber habe ich meist gern gemacht.»
Am 9. Oktober, wenige Tage nach dem Treffen mit work, trat der Bieler bei der Leviat AG in Lyss eine neue Stelle in der Produktion an. Die Firma stellt Aufzugs- und Abstützelemente für die Bauindustrie her. Eingestellt wurde er «ein bisschen als Allrounder, am Anfang». Allerdings zu einem tieferen Lohn als bei der alten Firma: «Es sind mehrere Hundert Franken weniger pro Monat. Und das gerade jetzt, wo alles teurer wird!» Abgesehen davon hatte er von Kollegen im Vorfeld viel Gutes über seinen neuen Arbeitsort gehört. Und als ihn work nach seinem ersten Arbeitstag am Telefon erreicht, meint er: «Das lief wirklich gut! Und vor allem bin ich froh, wieder arbeiten zu können.»



SO SCHMECKT DIE INDUSTRIE: Jeton Idrizi hatte Mühe mit der Arbeitslosigkeit und ist umso glücklicher, seine Hände nun wieder im Alltag eines Industriebetriebs einsetzen zu können.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.
work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Marius Käch, Maria Künzli, Daniel Lampart, Florian Sieber, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jallity (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jallity, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.